

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:	Editorial	Seite 288
	GI Aktuell	Seite 288
	Rechtsberatung durch Steuerberater Testamentsvollstrecker / Verwalter von Wohnungseigentum / Regelungslücke in Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBerG? / Haupt- und Nebentätigkeit (OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.5.2000 - 20 U 41/00)	Seite 291
	Zeitgebühr Beweis / Aufzeichnungen / Rückforderungsanspruch / Vorbehaltlose Zahlung (OLG Hamburg, Urt. v. 16.7.1999 - 14 U 272/96)	Seite 294
	Steuerberaterhonorar Fälligkeit / Aufrechnungslage / Nicht einforderbare Honorarforderung, § 9 StBGebV / Treuhandgelder (OLG Düsseldorf, Urt. v. 1.10.1998 - 13 U 186/96)	Seite 296
	Anwaltshaftung Sachverhaltsermittlung / Auskünfte zum Versorgungs- ausgleich / Ausschluss des Versorgungsausgleichs wegen grober Unbilligkeit, § 1587c BGB (OLG Celle, Urt. v. 3.6.1998 - 3 U 159/97)	Seite 301
	Gemischte Sozietät Verjährung, §§ 51b BRAO, 68 StBerG / Unterschiedliche Verjährungswirkungen (LG Leipzig, Urt. v. 24.6.1999 - 2 O 11432/98)	Seite 305
	GI Hinweise Beck'scher Gerichtsführer / Kanzleiführung - Marketing / Verträge über Telekommunikationsleistungen / Sichere IT-Verträge	Seite 307
	Stichwortverzeichnis	Seite 308



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,
das OLG Düsseldorf hat die Werbung eines Steuerberaters im Internet mit dem „**Tätigkeitsschwerpunkt Testamentsvollstreckung**“ wegen Verletzung des **Rechtsberatungsgesetzes** als Wettbewerbsverstoß untersagt. Das Urteil ist umfangreich begründet und behandelt – ablehnend – die eventuellen Ausnahmetatbestände, insbesondere Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBERG, wo die Rechtsberatungsbefugnis „behördlich eingesetzter Personen“ geregelt ist.

Ein **Mandat mit vereinbartem Stundenhonorar** führt gelegentlich zu Problemen bei der Abrechnung. Das OLG Hamburg hat sich mit der erforderlichen **Dokumentation** des Zeitaufwandes befasst. Am besten sei eine Zeitnotiz mit Tätigkeitskennzeichnung. Es könne aber auch genügen, wenn die Zeitnotiz sich einer – aus der Handakte ableitbaren – Tätigkeit zuordnen lasse. Fehlen die Zeitaufzeichnung, der Tätigkeitsvermerk und ein Arbeitsergebnis, könne aufgrund späterer Angaben nichts zugesprochen werden. Beiläufig weist das OLG darauf hin, dass die **vorbehaltlose Bezahlung** einer Honorarrechnung zwar einen eventuellen Formmangel der Honorarvereinbarung heilt, nicht aber einen **Bereicherungsregress** ausschließt.

Ein interessantes Honorarurteil des OLG Düsseldorf befasst sich mit **Aufrechnungsfragen**: Bevor eine **formell ordnungsgemäße Rechnung** erstellt ist, kann der Steuerberater überhaupt nicht aufrechnen. Hat er absprachewidrig Gelder für das Finanzamt zur Tilgung seiner Honorarforderung verwandt, kann er gegenüber dem Rückforderungsanspruch des Mandanten nicht mit einem fälligen Gebührenanspruch aufrechnen.

Einen **Anwaltsregress** einer Lehrerin beurteilt das OLG Celle: Sie warf dem Rechtsanwalt, der sie in einem Scheidungsverfahren vertreten hatte, vor, nicht auf einen **Ausschluss des Versorgungsausgleichs** zulasten ihres Ex-Mannes, der damals noch Student war, hingewirkt zu haben. Das OLG beschreibt die umfangreichen Aufklärungspflichten des Anwalts, verneint aber die Voraussetzungen für einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs.

Das LG Leipzig hatte einen **Gesamtschuldregress** gegen eine Steuerberater- und Anwaltssozietät zu entscheiden. Es bestätigt, dass sich der ausgeschiedene Anwalt auf die für ihn **günstigere Verjährungsregelung in § 51b BRAO** – 3 Jahre nach Mandatsende – berufen kann.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BFH: Aufwendungen und Verluste bei beruflich bedingtem Umzug

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit vier Urteilen vom 24.5.2000 dazu Stellung genommen, inwieweit **bei dem berufsbedingten Umzug eines Arbeitnehmers auch Aufwendungen zu berücksichtigen sind, die im Zusammenhang mit dem Eigenheim anfallen**.

Dabei geht der BFH von dem Grundsatz aus, dass solche Aufwendungen regelmäßig der privaten Vermögenssphäre zuzuordnen sind und damit keine Werbungskosten darstellen.

Dies gilt zum einen, wenn ein **Verlust aus dem Verkauf eines Hauses** entsteht. In den entschiedenen Fällen veräußerten die Kläger ihr Haus wegen eines Arbeitsplatzwechsels und machten – vergeblich – die Verluste geltend, die aus dem gegenüber dem Kaufpreis niedrigeren Verkaufspreis sowie aus der vorzeitigen Ablösung einer Hypothek resultierten (VI R 28/97 und VI R 147/99).

Entsprechendes gilt zum anderen **beim Erwerb eines Eigenheims, z.B. für Maklerkosten**. Diese wurden ebenfalls nicht zum Abzug zugelassen, weil es sich dabei um Anschaffungskosten des Hauses handelt (VI R 188/97). Dagegen bleiben Maklerkosten beim Bezug einer Mietwohnung nach wie vor als Werbungskosten abziehbar.

Ausnahmsweise können **versetzungsbedingte Aufwendungen** in der privaten Vermögenssphäre aber bei einer fehlgeschlagenen Veräußerung zu berücksichtigen sein. Dies hat der BFH für einen Fall entschieden, bei dem der **Arbeitgeber eine Versetzung angekündigt, dann aber wieder rückgängig gemacht** hatte. Der Arbeitnehmer hatte bereits vorher einen Makler beauftragt, sein Haus zu verkaufen und das Honorar entrichtet, obwohl es nicht mehr zur Veräußerung des Hauses gekommen ist.

Hier **erkannte der BFH für die vergeblichen Aufwendungen den Werbungskostenabzug an**, da die Berührung mit der privaten Vermögenssphäre durch die berufliche Veranlassung überlagert worden sei (VI R 17/96).
(BFH, Urt. v. 24.5.2000 – VI R 17/96, VI R 28/97, VI R 188/97 u. VI R 147/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 10.10.2000

BFH: Teilanteilsveräußerung ohne anteilige Übertragung der zum Sonderbetriebsvermögen gehörenden wesentlichen Betriebsgrundlagen nicht steuerbegünstigt

Der Große Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat in den Gründen seines im Jahr 1999 ergangenen Beschlusses **zur entgeltlichen Aufnahme eines Sozius in eine freiberufliche Einzelpraxis ausgeführt**, dass auf die Veräußerung eines Anteils an einem Mitunternehmeranteil die Steuerbegünstigungsvorschriften der §§ 16 Abs. 1, 18 Abs. 3, 34 des Einkommensteuergesetzes aus Gründen der Rechtssicherheit weiterhin anzuwenden sind (BFH-Beschluss vom 18.10.1999 – GrS 2/98, *siehe dazu Pressemitteilung Nr. 22/99 vom 30.9.1999 = GI 2000, 56*).

Der IV. Senat des BFH hatte nun im Zusammenhang mit der Übertragung von Kommanditanteilen zu entscheiden, ob die Veräußerung des Anteils an einem Mitunternehmeranteil auch dann tarifbegünstigt ist, wenn der **Veräußerer die zu seinem Betriebsvermögen gehörenden wesentlichen Betriebsgrundlagen nicht anteilig mit überträgt**, sondern der Gesellschaft weiterhin zur Nutzung überlässt. Mit Urteil vom 24.8.2000 – IV R 51/98 hat der IV. Senat in diesem Fall die Tarifbegünstigung versagt.

Der Entscheidung lag der Sachverhalt zugrunde, dass die einzige Kommanditistin einer GmbH & Co. KG 51 v.H. ihres Mitunternehmeranteils auf die bisher nicht am Gesellschaftsvermögen beteiligte Komplementär-GmbH übertrug und die Anteile an der GmbH anschließend veräußerte. Das Betriebsgrundstück, das im Alleineigentum der Kommanditistin stand (Sonderbetriebsvermögen), wurde nicht mitübertragen.

Der BFH entschied, dass die Kommanditistin nicht etwa einen Anteil an ihrem Mitunternehmeranteil unentgeltlich zu Buchwerten auf die GmbH übertragen habe. Es liege auch keine steuerbegünstigte Veräußerung des Teilanteils vor. Für beides war maßgeblich, dass die Übertragung eines Teilanteils nicht anders behandelt werden kann als die eines Mitunternehmeranteils.

Ein **Mitunternehmeranteil umfasst** jedoch nach ständiger Rechtsprechung auch etwaiges **Sonderbetriebsvermögen des Gesellschafters**, so dass zur Beantwortung der Frage, ob der Anteil im Ganzen übertragen oder alle in ihm ruhenden stillen Reserven aufgedeckt werden,

stets das Sonderbetriebsvermögen in die Betrachtung mit einzubeziehen ist.

Der **durch die Aufdeckung der im Gesamthandsvermögen ruhenden stillen Reserven** entstandene Gewinn unterliegt auch der **Gewerbsteuer**, weil der Veräußerer die mitunternehmerische Tätigkeit in der Gesellschaft fortführt.

(BFH, *Urt. v. 24.8.2000 – IV R 51/98*)

Pressemitteilung d. BFH v. 12.10.2000

BFH: Ein-Prozent-Regelung bei Führung von Fahrtenbüchern nur für einzelne von mehreren auch privat genutzten betrieblichen Kfz

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 3.8.2000 – II R 2/00 entschieden, dass ein Steuerpflichtiger, der **nur für einzelne von mehreren auch privat genutzten betrieblichen Kfz ein Fahrtenbuch führt**, für diese Fahrzeuge die private Nutzung mit den auf die Privatfahrten entfallenden Aufwendungen ansetzen und für die anderen auch privat genutzten Kfz die so genannte Ein-Prozent-Regelung wählen kann.

Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Ein Unternehmer hatte während des Streitjahres (1996) in seinem Betriebsvermögen drei auch privat genutzte Kfz. Für die ersten beiden dieser Kfz führte er Fahrtenbuch. Aufgrund der nachgewiesenen Gesamtaufwendungen für die beiden Fahrzeuge ergab sich daraus ein Entnahmewert für die private Nutzung in Höhe von insgesamt 1.187 DM. Für das dritte Kfz wurde kein Fahrtenbuch geführt.

Das Finanzamt (FA) setzte für alle drei Fahrzeuge nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 Sätze 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes (EStG) i.d.F. des Jahressteuergesetzes 1996 die Entnahmewerte für die private Nutzung der Kfz je Kalendermonat mit 1 v.H. des jeweiligen Bruttolistenpreises an. Für die Fahrzeuge, für die Fahrtenbuch geführt worden war, wurde dadurch der geltend gemachte Entnahmewert von 1.187 DM auf 7.650 DM erhöht. Entsprechend erhöhte sich der Unternehmensgewinn.

Das FA berief sich für sein Vorgehen auf ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 12.5.1997 (BStBl I 1997, 562), wonach die Wahl zwischen Führung eines Fahrtenbuches oder Anwendung der Ein-Prozent-Regelung für alle auch privat genutzten betrieblichen Kfz eines

Steuerpflichtigen nur einheitlich ausgeübt und daher lediglich dann von der Anwendung der Ein-Prozent-Regelung abgesehen werden könne, wenn für alle auch privat genutzten Kfz ein Fahrtenbuch geführt werde.

Der BFH folgte in Übereinstimmung mit der Vorinstanz der Auffassung der Finanzverwaltung nicht. Er begründete dies u.a. damit, dass der Steuerpflichtige nach dem Wortlaut des § 6 Abs. 1 Nr. 4 Sätze 2 und 3 EStG die **Ermittlungsmethode** des Werts der Nutzungsentnahme seiner auch privat genutzten betrieblichen Kfz **für jedes Fahrzeug gesondert wählen könne.**

Einer anderen Auslegung der gesetzlichen Regelung stehe auch ihr verfassungsrechtlicher Hintergrund entgegen. Der BFH habe die Ein-Prozent-Regelung in seinem Urteil vom 24.2.2000 – III R 59/98 (*Pressemitteilung Nr. 17 vom 28.4.2000*) als eine verfassungsrechtlich zulässige Typisierung angesehen, weil sie durch die Führung eines Fahrtenbuches widerlegt werden könne.

Die prinzipielle Konzeption der Regelung werde jedoch in Richtung auf eine unwiderlegbare Typisierung verändert, wenn der Steuerpflichtige bei mehreren auch privat genutzten betrieblichen Kfz nicht auch für einzelne dieser Fahrzeuge den Nachweis eines gegenüber der Typisierung geringeren Privatanteils an den Aufwendungen führen könne.

An unwiderlegbare Typisierungen seien jedoch verfassungsrechtlich strengere Anforderungen zu stellen als an widerlegbare.
(*BFH, Urt. v. 3.8.2000 – II R 2/00*)

Pressemitteilung d. BFH v. 31.10.2000

BFH: Fehlende Einkünfteerzielungsabsicht bei geschlossenem Immobilienfonds mit frühzeitiger Verkaufsoption

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 5.9.2000 – IX R 33/97 entschieden, dass die Anleger eines mit so genannten Verlustzuweisungen werbenden geschlossenen Immobilienfonds die ihnen zugeordneten Verluste dann nicht als negative Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung abziehen dürfen, wenn aufgrund der besonderen Konzeption des Fonds die Beurteilung gerechtfertigt ist, dass die Anleger sich vorrangig wegen der Mitnahme von Steuervorteilen beteiligt haben.

Die Besonderheit der Konzeption des Immobilienfonds lag im Streitfall in Folgendem:

Die bei der Gründung des Fonds getroffenen gesellschaftsrechtlichen Vereinbarungen sahen zwar eine langfristige Vermietung zweier Immobilienobjekte vor, **räumten jedoch gleichzeitig den Anlegern das Recht ein, ihre Fondsanteile an die Gründungsgesellschafter zurück zu übertragen.**

Die Rückübertragung sollte bei mehrheitlicher Zustimmung der Anleger erfolgen. **Dabei stand fest, dass bis zur möglichen Ausübung dieses Verkaufsrechts ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben (noch) nicht erzielt werden konnte.**

Die Finanzverwaltung und ihr folgend das Finanzgericht Rheinland-Pfalz (FG) hatten hierzu die Ansicht vertreten, aufgrund der Vertragsgestaltung seien den Anlegern mangels Einkünfteerzielungsabsicht keine negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung zuzurechnen. Der BFH hat diese Auffassung bestätigt.

In der Urteilsbegründung hat der IX. Senat des BFH an seine bisherige Rechtsprechungs angeknüpft, nach der bei einer auf Dauer angelegten Vermietungstätigkeit grundsätzlich die Absicht unterstellt werden könne, einen Einnahmeüberschuss zu erwirtschaften.

Allerdings sei es als Beweisanzeichen für das Fehlen einer Einkünfteerzielungsabsicht zu werten, wenn sich ein Steuerpflichtiger entweder vertraglich die Möglichkeit verschafft, ein Immobilienobjekt innerhalb einer Frist zu verkaufen, in der ein Einnahmeüberschuss nicht zu erzielen ist, oder er sich noch nicht endgültig entschieden hat, ob er das Objekt kurzfristig verkaufen oder langfristig vermieten will.

Im Urteilsfall sei den Anlegern nicht nur bereits bei Vertragsabschluss eine (mehrheitlich auszuübende) Option zum Verkauf der Fondsanteile an die Gründungsgesellschafter eingeräumt worden; darüber hinaus seien die Verträge hinsichtlich der Finanzierung und der gegebenen Garantien auch so gestaltet gewesen, dass die Beurteilung des FG, es sei mit der Ausübung der Option zu rechnen gewesen, nicht beanstandet werden könne.

(*BFH, Urt. v. 5.9.2000 – IX R 33/97*)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.11.2000

Rechtsberatung durch Steuerberater

- Testamentsvollstrecker
 - Verwalter von Wohnungseigentum
 - Regelungslücke in Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBerG?
 - Haupt- und Nebentätigkeit
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.5.2000 - 20 U 41/00)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Testamentsvollstreckung ist eine für den Anwaltsberuf typische Tätigkeit.
2. Die Einordnung der Testamentsvollstreckung ohne behördliche Erlaubnis als Rechtsberatung hängt nicht davon ab, wie groß der Anteil der Rechtsbesorgung im Verhältnis zur reinen Verwaltungstätigkeit im Einzelfall ist.
3. Die Testamentsvollstreckung kann nicht mit dem Beruf des Verwalters von Wohnungseigentum verglichen werden.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Antragsteller hat Erfolg.

Die Antragsteller, Rechtsanwälte in K., beanstanden die Internet-Seite des in G. als Steuerberater tätigen Antragsgegners, die unter der Rubrik „Tätigkeitsschwerpunkte“ folgende Aufzählung enthält:

- Betriebliche Steuern
- Buchführung und Jahresabschluss
- Lohn- und Gehaltsabrechnung
- Firmenübernahmen/Unternehmensbewertung
- Allgemeines Verfahrensrecht/Betriebsprüfung
- Existenzgründung und Existenzsicherung
- Testamentsvollstreckung/Erbschaftsteuer

Zu Recht wollen sie ihm verbieten lassen, im Geschäftsverkehr zu Wettbewerbszwecken seine Dienste als privat ernannter Testamentsvollstrecker anzubieten. Ihr Unterlassungsanspruch ergibt sich aus § 1 UWG. Der Antragsgegner bezeichnet Testamentsvollstreckungen als einen seiner „Tätigkeitsschwerpunkte“, so dass sein Werbehinweis von den angesprochenen Verkehrskreisen dahin verstanden werden kann, ihn im Wege letztwilliger Verfügungen als Testamentsvollstrecker zu ernennen.

Durch die Übernahme solcher Testamentsvollstreckungen ohne behördliche Erlaubnis

besorgt er geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten und handelt der Bestimmung des § 1 Abs. 1 Satz 1 RBerG zuwider.

Da die Vorschriften des Rechtsberatungsgesetzes die Grenzen des Wettbewerbs auf dem Gebiet der Wahrnehmung fremder Rechtsangelegenheiten markieren, stellt ihre Missachtung eine Handlung dar, die gegen die guten Wettbewerbsitten verstößt, so dass der Handelnde nach § 1 UWG auf Unterlassung in Anspruch genommen werden kann (BGHZ 48, 12, 17). Dies gilt entsprechend für das Anbieten solcher Leistungen.

Die Bedenken des Landgerichts gegen das Vorliegen eines konkreten Wettbewerbsverhältnisses zwischen den Parteien sind unbegründet. **Die Testamentsvollstreckung ist eine für den Anwaltsberuf typische Tätigkeit.** Die Kanzleisitze der Parteien in K. und G. liegen nicht so weit entfernt, dass eine wettbewerbliche Berührung ausgeschlossen wäre. Den Antragstellern können durch die Betätigung des Antragsgegners Mandate entgehen.

Unter den Umworbenen befinden sich entgegen der Einschätzung des Landgerichts keineswegs nur (ältere) Personen, die einen an ihrem Wohnort ansässigen Testamentsvollstrecker auszuwählen pflegen. Als Entscheidungskriterien der angesprochenen Verkehrskreise kommen zudem der Wohnsitz der begünstigten Erben oder der Ort, an dem sich der Schwerpunkt des Nachlassvermögens befindet, in Betracht.

Unter der **Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten** im Sinne des Rechtsberatungsgesetzes ist die unmittelbare Förderung konkreter fremder Rechtsangelegenheiten zu verstehen, die der Verwirklichung oder Gestaltung von Rechten Dritter dient (BGH, NJW 1989, 2125 - Erbensucher; NJW 1956, 591, 592). Daran gemessen stellt die Testamentsvollstreckung die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten nach Artikel 1 Abs. 1 Satz 1 RBerG dar.

Zu den gesetzlichen Aufgaben des Testamentsvollstreckers gehört es, die letztwilligen Verfügungen des Erblassers auszuführen (§ 2203 BGB), die Auseinandersetzung unter mehreren Erben zu bewirken (§ 2204 BGB) und den Nachlass zu verwalten (§ 2205 BGB), wobei dies die Befugnis einschließt, den Nachlass in Besitz zu nehmen und in gewissem Rahmen über ihn zu verfügen (§ 2205 Sätze 2, 3 BGB) sowie erforderlichenfalls Verbindlichkeiten einzugehen oder sonstige Verträge zu schließen (§ 2206 BGB).

Ist der Nachlass überschuldet, so ist der Testamentsvollstrecker verpflichtet, die **Dürftigkeits-einrede** für die Erben nach §§ 1990, 1992 BGB zu erheben. Er kann das Vergleichsverfahren über den Nachlass beantragen. **Ausgleichspflichtige Vorempfänge** hat er nach den §§ 2050 ff BGB zu berücksichtigen. Gemäß § 2212 BGB ist er zur **aktiven Prozessführung** befugt.

Seine Tätigkeit ist mithin dadurch geprägt, nach der Willensbestimmung und unter Beachtung der Anordnungen des Erblassers unmittelbar Rechte zu verwirklichen und zu gestalten. **Dabei hängt die Einordnung seiner Tätigkeit als Rechtsbesorgung nicht davon ab, wie groß der Anteil der Rechtsbesorgung im Verhältnis zur reinen Verwaltungstätigkeit im Einzelfall ist**, namentlich ob es sich um eine Abwicklungsvollstreckung oder eine – seltenere und nach dem Gesetz unerwünschte – Dauervollstreckung handelt (vgl. Lang, NJW 1999, 2332).

Im Vordergrund bleibt in jedem Falle die rechtliche Betätigung. Die Tätigkeit ist für den Amtsinhaber auch eine fremde, weil er das Amt nur als **Treuhänder** nach den Weisungen des Erblassers im Interesse der von diesem begünstigten Personen ausübt (vgl. OLG Karlsruhe, NJW-RR 1994, 236).

All dies gilt auch für die von dem Antragsgegner angestrebten Mandate. Die **Geschäftsmäßigkeit**, die eine mit Wiederholungsabsicht erfolgende Tätigkeit erfordert, ergibt sich schon aus seiner Ankündigung, in Zukunft privat verfügte Testamentsvollstreckungen ausüben zu wollen (Schriftsatz vom 25.4.2000).

Allerdings werden nach **Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBERG** durch das Rechtsberatungsgesetz nicht berührt die Tätigkeiten als Zwangsverwalter, Konkursverwalter oder Nachlasspfleger sowie **die Tätigkeit sonstiger, für ähnliche Aufgaben behördlich eingesetzter Personen**.

Auf diesen **Ausnahmetatbestand** kann sich der Antragsgegner indes nicht mit Erfolg berufen. Jedenfalls der durch private Verfügung ernannte Testamentsvollstrecker ist dem genannten Personenkreis nicht gleichgestellt (vgl. *Rennen/Calibe*, RBERG 2. Aufl. 1993, Art. 1 § 3 Nr. 6 Rdnr. 45a f; *Henssler*, AnwBl 1992, 334; derselbe in: ZEV 1994, 262, 263 f; a.A. *Chemnitz* in: *Altenhoff/Busch/Chemnitz*, RBERG 10. Aufl. 1993, Art. 1 § 3 Rdnr. 435 f; derselbe in: AnwBl 1992, 550, 551; *Senge* in: *Erbs/Kohlhaas*, Strafrechtliche Nebengesetze, R 55, Art. 1 § 3 Nr. 6 RBERG, Rdnr. 19).

Namentlich lässt er sich nicht in die Gruppe der „sonstigen für ähnliche Aufgaben behördlich eingesetzten Personen“ einordnen, weil es ihm an der behördlichen Einsetzung i.S.d. Artikels 1 § 3 Nr. 6 RBERG fehlt. Dass der privat ernannte Testamentsvollstrecker die Annahme seines Amtes gegenüber dem Nachlassgericht erklären muss (§ 2202 Abs. 2 BGB), steht der behördlichen Einsetzung nicht gleich. Denn das Nachlassgericht hat keine Möglichkeit, den Testamentsvollstrecker nach seinen Eignungskriterien auszuwählen und von sich aus den Beginn der Amtstätigkeit eines nach seiner Ansicht unfähigen oder sonst für die Amtsführung ungeeigneten Testamentsvollstreckers zu verhindern (so zu *Recht Henssler* in: ZEV 1994, 263).

Die nachträgliche Befugnis des Nachlassgerichts nach § 2227 BGB, den Testamentsvollstrecker zu entlassen, vermag dies nicht aufzuwiegen, zumal das Nachlassgericht nicht von Amts wegen aufgrund eigener Erkenntnisse, sondern nur auf Antrag der Beteiligten tätig werden kann. Seine Kontrollmöglichkeiten bleiben weit hinter denjenigen zurück, die den Gerichten sonst in Bezug auf den in Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBERG genannten Personenkreis zu Gebote stehen.

Die von dem Antragsgegner gezogene Schlussfolgerung, die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten sei ein Teil der dem Testamentsvollstrecker nach §§ 2203 ff BGB obliegenden Pflichten, also könne sie ihm nach dem Rechtsberatungsgesetz nicht schlechterdings verboten sein (so *Chemnitz* in: AnwBl 1992, 550, 551), vermag nicht zu überzeugen. Die im Bürgerlichen Gesetzbuch statuierten Rechte und Pflichten des Testamentsvollstreckers schaffen keine Präjudizien für den ganz anderen vom Rechtsberatungsgesetz geregelten Normzweck, den rechtsuchenden Verkehr zu schützen und die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege zu erhalten (vgl. *Henssler*, ZEV 1994, 263). Deshalb ist auch das Argument des Landgerichts nicht einschlägig, das Bürgerliche Gesetzbuch belasse dem Testierenden die uneingeschränkte Wahl, wen er zum Testamentsvollstrecker bestimme.

Aus der grundsätzlichen Testierfreiheit des Erblassers kann nicht gefolgert werden, dass jedermann seine Dienste als Testamentsvollstrecker geschäftsmäßig anbieten dürfte. Die Testierfreiheit (ebenso wie die Vertragsfreiheit) steht daher insoweit – dies ergibt die Abwägung der beteiligten Interessen – unter dem Vorbehalt der Zulässigkeit nach dem Rechtsberatungsgesetz. Hierdurch wird der Wille des Erblassers

nicht unangemessen eingeschränkt; denn ihm bleibt die Möglichkeit, nicht geschäftsmäßig tätige Personen als Testamentsvollstrecker zu benennen oder dem Nachlassgericht nach § 2200 BGB geeignete Personen vorzuschlagen.

Das die Gruppe der **Verwalter von Wohnungseigentum** betreffende Urteil des Bundesgerichtshofs vom 6.5.1993 (*AnwBl* 1994, 254) rechtfertigt kein anderes Ergebnis. In jener Entscheidung führt der Bundesgerichtshof aus, es handele sich nicht um eine unerlaubte Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, wenn der von den Wohnungseigentümern hierzu ermächtigte Verwalter Ansprüche der Wohnungseigentümer gerichtlich geltend mache. Denn für den Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz komme jedenfalls die Ausnahmeregelung des Artikels 1 § 3 Nr. 6 RBERG zum Tragen.

Zu den dort genannten Personen zählten auch die Personen, die zwar im Regelfall nicht vom Gericht bestellt würden, deren Tätigkeit hinsichtlich der ihnen zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse jedoch mit derjenigen der ausdrücklich genannten Personen vergleichbar sei. Dies treffe auf den Verwalter zu. Indes lässt sich dies auf den Testamentsvollstrecker nicht übertragen. Die betroffenen Lebensbereiche sind völlig unterschiedlich.

Während Testamentsvollstreckungen zumeist auf verwandtschaftliche oder sonstige langjährige Vertrauensbeziehungen zurückgehen und es den **Beruf des Testamentsvollstreckers bislang nicht gibt**, hat sich im Bereich der Verwaltung von Wohnungseigentum ein eigener Wirtschaftszweig gebildet und ist dort die private uneigennützige Amtsübernahme eher die Ausnahme. Auch in der Sache ist die Wohnungseigentumsverwaltung anders angelegt, namentlich auf eine dauerhafte Betätigung gerichtet.

Den sich hieraus ergebenden Bedürfnissen der Praxis hat der Bundesgerichtshof offenbar durch eine Ausweitung der Handlungsbefugnisse zugunsten der Verwalter Rechnung tragen wollen. Für den Testamentsvollstrecker ist dies jedoch nicht veranlasst.

Mit Blick auf die in der Wohnungswirtschaft durchaus zu beobachtenden negativen Erscheinungen hält der Senat es **nicht für wünschenswert, wenn sich ungenügend qualifizierte Personen – es geht bei der Heranziehung von Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBERG nicht nur um Steuerberater – mit dem Beruf des Testamentsvoll-**

streckers ein neues Betätigungsfeld erschließen und auf dem schwierigen Gebiet des Erbrechts die Lösung diffiziler Fragen des Erbrechts in die Hand nehmen (z.B. Auslegung von Testamenten). Dem lässt sich nicht entgegnen, dass der Testamentsvollstrecker im Zweifel Rechtsrat einholen könne; denn auch diese Entscheidung setzt ein Mindestmaß an Problembewusstsein voraus.

Die danach restriktive Interpretation des Artikels 1 § 3 Nr. 6 RBERG **bedeutet zugleich, dass auch Steuerberater grundsätzlich von der geschäftsmäßigen Übernahme von Testamentsvollstreckungen ausgenommen sind** (vgl. *Henssler, ZEV* 1994, 265). Hierbei verkennt der Senat nicht, dass zumindest für die reine Verwaltungs- und Abwicklungstätigkeit die Befassung des Steuerberaters von Vorteil sein kann, weil er die Vermögensverhältnisse des Erblassers bereits kennt, die Nachlassgegenstände zu bewerten weiß und häufig über die familiären Hintergründe informiert ist.

Indes bleibt maßgebend, dass die rechtliche Betätigung bei der Testamentsvollstreckung im Vordergrund steht und Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBERG außer dem Kriterium der „behördlichen“ Einsetzung keine Ansatzpunkte für eine Unterscheidung nach der Qualifikation desjenigen, der eine mit der Rechtsbesorgung verknüpfte Verwaltungsaufgabe ausüben möchte, bietet. Die allgemeine standes- und gebührenrechtliche Kontrolle, der die Steuerberater unterliegen, vermag insoweit keinen hinreichenden Ausgleich zu schaffen.

Auch eine analoge Anwendung der Vorschrift scheidet aus. Der Schutz des Rechtsverkehrs lässt es als hinnehmbar erscheinen, die Testierfreiheit des Erblassers in Bezug auf die Auswahl geschäftsmäßig tätiger Testamentsvollstrecker einzuschränken. **Greifbare Anhaltspunkte für eine planwidrige Regelungslücke bestehen nicht.** Es fügt sich mit Blick auf den Schutzzweck des Rechtsberatungsgesetzes vielmehr ein, wenn der Gesetzgeber den Testamentsvollstrecker generell nicht in den Kreis der in Artikel 1 § 3 Nr. 6 RBERG genannten Personen aufgenommen wissen wollte. **Ein gesetzgeberisches Versehen liegt auch deshalb fern, weil der Nachlasspfleger genannt ist, der häufige Fall des Testamentsvollstreckers jedoch nicht.**

Hieraus ergibt sich entgegen der Ansicht des Antragsgegners kein unüberbrückbarer Widerspruch zu den Regelungen nach § 57 Abs. 3 StBERG, § 39 Abs. 1 Nr. 6 BOSTB. Wenn nach

diesen Vorschriften die Wahrnehmung des Amtes als Testamentsvollstrecker mit dem Beruf des Steuerberaters vereinbar ist, so bedeutet dies nicht, dass sich der Steuerberater mit dieser Art von Rechtsbesorgung auch geschäftsmäßig befassen darf. Dies zuzulassen, bleibt alleine dem Rechtsberatungsgesetz vorbehalten.

Etwas anderes folgt für den Berufszweig der Steuerberater nicht aus **Artikel 1 § 5 Nr. 2 RBerG**. Nach dieser Bestimmung stehen die Vorschriften des Rechtsberatungsgesetzes dem nicht entgegen, dass (u. a.) Steuerberater in Angelegenheiten, mit denen sie beruflich befasst sind, auch die rechtliche Bearbeitung übernehmen, soweit diese mit den Aufgaben des Steuerberaters in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Dies setzt voraus, dass der Steuerberater eine Haupt- und eine Nebentätigkeit ausübt, wobei die rechtliche Tätigkeit bloße Hilfs- oder Nebentätigkeit bleiben muss. Denn das rechtspolitische Motiv für die Ausklammerung des in Artikel 1 § 5 RBerG genannten Personenkreises liegt darin, zulässige wirtschaftliche Tätigkeiten nicht allein deshalb zu unterbinden, weil sie notwendigerweise mit der Besorgung von Rechtsangelegenheiten einhergehen. Der Steuerberater muss daher zwei Geschäfte besorgen: das zu seiner eigentlichen Berufsaufgabe gehörende Hauptgeschäft und ein notwendiges Hilfgeschäft, das an sich nach Artikel 1 § 1 RBerG erlaubnispflichtig ist (vgl. für Art. 1 § 5 Nr. 1: BGH, NJW 1989, 2125 – Erbensucher; allgemein zu Art. 1 § 5: Henssler, ZEV 1994, 265).

Die Testamentsvollstreckung stellt jedoch im Verhältnis zu der vom Steuerberater zu Lebzeiten des Erblassers ausgeübten **Vermögensverwaltung** kein notwendiges Hilfgeschäft dar, sondern mit Blick auf die veränderte Zielrichtung eine neue, eigenständige Tätigkeit. Eine Aufspaltung der Testamentsvollstreckung in eine verwaltende Haupttätigkeit und eine rechtsbesorgende Nebentätigkeit scheidet aus, weil **die Testamentsvollstreckung durch die rechtliche Betätigung geprägt wird, Letztere mithin nicht Nebentätigkeit sein kann.**

Es lässt sich daher nicht sagen, der Steuerberater sei im Rahmen der Testamentsvollstreckung in erster Linie mit der Vermögensverwaltung befasst und dürfe als Nebentätigkeit die rechtsbesorgenden Geschäfte mit erledigen.

Im Ergebnis nichts anderes gilt für den Ausnahmestatbestand gemäß **Artikel 1 § 5 Nr. 3 RBerG**.

Nach dieser Vorschrift dürfen Vermögensverwalter, Hausverwalter und ähnliche Personen die mit der Verwaltung in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Rechtsangelegenheiten erledigen. **Die Haupttätigkeit, die eine rechtsbesorgende Tätigkeit rechtfertigt, muss eine Verwaltungstätigkeit sein.** Daran fehlt es im Falle einer **Testamentsvollstreckung**, weil diese **durch die rechtliche Betätigung geprägt wird.**

Auch im Verhältnis zu einer von dem Steuerberater zu Lebzeiten des Erblassers ausgeübten Vermögensverwaltung stellt die Testamentsvollstreckung, wie bereits ausgeführt, keine Neben- oder Annexstätigkeit dar. Im Vordergrund steht die Rechtsbesorgung, die gerade im Erbrecht hohe juristische Anforderungen stellen und deshalb im Geschäftsverkehr nicht den Nichtfachleuten überlassen werden kann. (...)

Zeitgebühr

- Beweis
 - Aufzeichnungen
 - Rückforderungsanspruch
 - Vorbehaltlose Zahlung
- (OLG Hamburg, Urt. v. 16.7.1999 – 14 U 272/96)

Leitsätze:

1. Zeitnotizen des Rechtsanwalts (bei vereinbartem Zeithonorar) unterliegen als „sonstige private Urkunden“ der freien Beweiswürdigung; ihnen kann ein erheblicher Beweiswert zukommen.

2. Die vorbehaltlose Bezahlung der Honorarrechnung des Rechtsanwalts heilt lediglich Formmängel der Rechnung, schließt aber Bereicherungsansprüche nicht aus.

Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten über den Umfang eines Honoraranspruchs des Klägers.

Aus den Gründen:

... Beweiswert der Zeitnotizen des Klägers (vgl. Zöller/Geimer, ZPO 20. Aufl., § 415 Rz. 5: „Die Notizen unterliegen als ‚sonstige private Urkunden‘ der freien Beweiswürdigung.“).

1. Welche Anforderungen an die Erfassung/Dokumentation der aufgewandten Zeit bei vereinbartem Zeithonorar zu stellen sind, ist, soweit ersichtlich, nirgendwo geregelt. In dem vom LG München (NJW 1975, 937) entschiedenen Fall hatte der dortige Kläger in „Zeitblättern“ in allen Einzelheiten festgehalten, wie viele Minuten er jeweils auf welche Angelegenheit verwandt hatte (vgl. auch Schmidt, MDR 1974, 198: „Der Rechtsanwalt braucht sich nur Notizen zu machen, aus denen seine Tätigkeit und sein Zeitaufwand hervorgehen.“). Dahinter bleiben die Zeitaufzeichnungen des Klägers leider weit zurück.

Gleichwohl muss ihnen deutlich mehr Beweiswert zugemessen werden als das LG es getan hat. **Wo die Aufzeichnungen ergeben, welche Zeit für welche Angelegenheit aufgewandt ist, ist ihnen, wie es auch das LG getan hat, jedenfalls zu folgen.** Aber auch da, wo sich aus den Zeitnotizen selbst nicht ergibt, für welche Angelegenheit die notierte Zeit verwandt worden ist, folgt das Berufungsgericht den **nachträglich vom Kläger mit seinen „ergänzenden Angaben“ vorgenommenen Zuordnungen.**

Das OLG hat im vorangegangenen Prozess (9 U 80/94) mit Urteil vom 15.11.1994 auch nur verlangt, dass der Rechtsanwalt zu solcher weitergehenden Aufschlüsselung in der Lage sein muss, es könne von ihm erwartet werden, die entfaltete Tätigkeit zu dokumentieren. Genau das hat der Kläger schließlich aber getan. Dass er dazu noch in der Lage war, hat er hinreichend überzeugend damit erklärt, dass seinerzeit die Zeitnotizen jeweils in den für die betreffende Angelegenheit geführten Hefter kamen, als die Erinnerung noch frisch war. Erst später sind die Handakten chronologisch umgeordnet worden.

Der durch Zeitnotizen dokumentierte Aufwand ist dem Kläger also grundsätzlich abzunehmen, und zwar für diejenigen Angelegenheiten, denen er den Zeitaufwand in seinen „ergänzenden Angaben“ zugeordnet hat.

Besonderer Beurteilung im Einzelfall muss die Konstellation unterliegen, dass **zwar die Art der Tätigkeit in der Handakte notiert ist, aber keine zugehörige Zeitnotiz vorhanden ist.** Es geht nach Auffassung des Berufungsgerichtes nicht an, allein wegen Fehlens einer Zeitnotiz dem Kläger jeden Anspruch abzusprechen, wenn sich andererseits aus vorhandenen Unterlagen in den Handakten ergibt, dass der Kläger in der entsprechenden Angelegenheit tätig geworden ist oder das im Einzelfall sogar unstreitig ist.

Anhaltspunkt für die aufgewandte Zeit muss auch hier die spätere Angabe des Klägers in seinen „ergänzenden Angaben“ sein, der deswegen grundsätzlich zu folgen ist, wenn sie nur einigermaßen plausibel ist, da der Erinnerung des Klägers in Verbindung mit seinen vorhandenen Aufzeichnungen grundsätzlich getraut werden sollte. Nur wo das nicht der Fall sein sollte, könnte entsprechend § 287 ZPO der erforderliche Zeitaufwand geschätzt werden.

Nur dort, wo weder eine Zeitnotiz noch ein Tätigkeitsvermerk oder ein entsprechendes Arbeitsergebnis (z.B. Schriftsatz) in den Handakten vorhanden sein sollte, könnte dem Kläger allein aufgrund seiner späteren Angabe nichts zugesprochen werden, da es sich insofern allein um durch nichts belegten Parteivortrag handeln würde, der im Einzelfall bestritten ist.

2. Anders wäre der Beweiswert der Aufzeichnungen des Klägers dann zu bewerten, **wenn Anhaltspunkte dafür vorhanden wären, dass es sich um gefälschte Aufzeichnungen handelte.**

Beweispflichtig wäre insoweit die Beklagte. Beweis hat sie dazu nicht angetreten. Soweit sie darauf hinweist, dass sich aus der Verwendung verschiedenfarbiger Kugelschreiber ergäbe, dass die Zeitnotizen nachträglich hinzugefügt worden seien, verfängt das nicht. Einen anderen Stift kann man auch dann zur Hand nehmen, wenn man die Zeitnotiz nur kurze Zeit später hinzufügt, das aber würde ihren Beweiswert nicht schmälern.

Auch sonst sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, dem Kläger betrügerische Angaben zu unterstellen. Dass insbesondere die Telefonate mit der Beklagten selbst oft zeitraubend gewesen sein können, wird ohne weiteres plausibel, wenn man sich die zahlreichen, zum Teil sehr umfangreichen schriftlichen Aufzeichnungen der Beklagten, die sich in den Handakten wiederfinden, vor Augen hält. Auch hat sie in der mündlichen Verhandlung vor dem Berufungsgericht mit ihren mündlichen Ausführungen ein Beispiel dafür gegeben. (...)

Ausschluss der Rückzahlungsansprüche durch vorbehaltlose Zahlung?

Entgegen der Behauptung der Beklagten hat diese die Rechnungen vom 27.1.1992 und 5.6.1992 am 3.2.1992 und 12.8.1992 vorbehaltlos bezahlt. (...)

Gleichwohl ist die Beklagte mit ihren Rückzahlungsansprüchen entgegen der Auffassung des LG nicht schon deshalb ausgeschlossen, weil sie die Rechnungen vorbehaltlos bezahlt hat. Gegenteiliges ergibt sich auch nicht aus den vom LG zitierten Kommentarstellen, die es offenbar missverstanden hat. **§ 3 Abs. 1 Satz 2 BRAGO bestimmt nur, dass die Rückzahlung vorbehaltlos geleisteter Zahlungen nicht deshalb gefordert werden kann, weil eine Honorarvereinbarung nicht der Form des Satzes 1 entsprochen hat.** Eine vorbehaltlose Zahlung heilt somit lediglich etwaige Formmängel, **schließt aber einen etwa bestehenden Bereicherungsanspruch nicht aus** (vgl. Gerold/Schmidt, BRAGO 13. Aufl., § 3 Rz. 7; Hartmann, KG 28. Aufl., § 3 BRAGO, Rz. 21).

Offenbar missverständlich und vom LG auch missverstanden ist demgegenüber die Formulierung bei Hartmann, § 18 BRAGO, Rz. 23, wenn der Auftraggeber trotz mangelhafter oder fehlender Berechnung (die § 18 fordert) gezahlt habe, habe er keinen Rückzahlungsanspruch, es sei denn, er hätte sich bei der Zahlung seine Rechte vorbehalten. **§ 18 Abs. 3 BRAGO bestimmt nur, dass der Auftraggeber im Falle der Zahlung trotz Fehlens ordnungsgemäßer Berechnung diese so lange noch nachfordern kann, wie der Rechtsanwalt seine Handakten aufbewahren muss.** Demgemäß ist mit dem verunglückten Satz bei Hartmann natürlich auch wieder nur gemeint, dass allein aufgrund mangelhafter oder fehlender Berechnung die vorbehaltlose Zahlung nicht zurückverlangt werden kann.

Wenn sie aber materiell ohne Rechtsgrund erfolgt ist, wird ihre Rückzahlung auch durch § 18 BRAGO natürlich nicht ausgeschlossen. Die maßgebliche Bestimmung insoweit ist vielmehr, worauf die Beklagte zu Recht hinweist, **§ 814 BGB, wonach die Rückforderung nur dann ausgeschlossen ist, wenn die Leistung in positiver Kenntnis der Nichtschuld erfolgt ist.**

Davon aber kann vorliegend keineswegs ausgegangen werden – und wird vom Kläger auch gar nicht behauptet. Da die Rechnungen, auf die die Beklagte zahlte, ja in der Tat völlig unspezifiziert waren und nicht erkennen ließen, was damit im Einzelnen berechnet werden sollte, konnte die Beklagte schlechterdings nicht erkennen, ob und ggf. wieweit sie etwa unrechtfertigt waren, weil – auch – von der Honorarvereinbarung nicht erfasste Angelegenheiten damit abgegolten werden sollten.

Die Beklagte kann daher grundsätzlich Rückzahlung von Überzahlungen gemäß § 812 BGB verlangen bzw. mit entsprechenden Ansprüchen sich (hilfs-)aufrechnungshalber verteidigen. (...)

Steuerberaterhonorar

- Fälligkeit
- Aufrechnungslage
- Nicht einforderbare Honorarforderung, § 9 StBGebV
- Treuhandgelder
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 1.10.1998 – 13 U 186/96)

Leitsätze:

1. Überweisungen, die teils zur Begleichung von Steuerschulden und teils zur Erfüllung von Gebührenansprüchen dienen sollen, kann der Steuerberater ohne Absprache mit dem Mandanten nicht in voller Höhe und ausschließlich zur Tilgung seiner Ansprüche verwenden.
2. Fordert der Mandant den für das Finanzamt bestimmten Betrag zurück, kann der Steuerberater nicht mit einem fälligen Gebührenanspruch aufrechnen.
3. Die Fälligkeit eines Gebührenanspruchs setzt nicht die Erteilung einer Rechnung voraus.
4. Gebührenforderungen, die mangels einer den Formvorschriften des § 9 StBGebV entsprechenden Rechnung nicht einforderbar und klagbar sind, kann der Steuerberater nicht zur Aufrechnung stellen.

Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin ist teilweise begründet. Die Klägerin hat gegen die Beklagten einen Anspruch auf Rückzahlung von 18.936,31 DM gemäß den §§ 675, 667 BGB.

Das Landgericht ist zu Recht davon ausgegangen, dass die Klägerin im September 1994 bewusst und gewollt die Überweisung von 57.457,47 DM auf das Konto der Beklagten veranlasst hat. Der Wortlaut der Schreiben, die die Klägerin unter dem 20.9. und 14.10.1994 sowie – als Antwort auf das Schreiben der Beklagten vom 18.10.1994 – am 19.10.1994 an die Beklagten gefaxt hat, lässt keinen Zweifel daran, dass die

Klägerin das Geld auf das Konto der Beklagten überweisen wollte. In dem Schreiben der Klägerin vom 20.9.1994 heißt es:

„... heute habe ich die Überweisung in Höhe von DM 57.000,- gemacht. Wir müssen aber davon DM 36.568,19 an das Finanzamt zahlen. Es verbleiben dann noch (DM) 20.431,81. Weitere Zahlungen müssen wir dann als a-cto.-Zahlung leisten.“

Das Schreiben vom 14.10.1994 hat folgenden Wortlaut:

„... ich habe heute das Schreiben erhalten. Allerdings, dass man wieder die Verrechnung Privat miteinbezogen hat, fand ich auch hier nicht in Ordnung. Ich möchte Sie deshalb bitten, mir eine Rücküberweisung auf das private Konto zu machen von der überhängenden Zahlung. Vereinbarung lt. unserem Fax und unserem Gespräch war ja eigentlich, dass von den DM 57.000,- ein Teil zurückgeführt wurde an das Finanzamt.“

Ich finde es so nicht korrekt, wie die Sache nun abläuft. Deshalb nochmal meine Bitte, dringendst die Überweisung in Höhe von DM 15.000,- vorzunehmen.“

In dem undatierten Schreiben, das die Klägerin am 19.10.1994 an die Beklagten gefaxt hat, heißt es:

„... Vereinbarung wurde letztendlich, dass dieser Betrag in Höhe von DM 36.000,- für das Finanzamt übernommen werden sollte. Der Rest sollte für Sie sein und den anderen Rest wollten wir als a-cto.-Zahlung machen. ...“

In allen drei Fällen ergibt der Text nur einen Sinn, wenn das Geld nicht an das Finanzamt, sondern an die Beklagten überwiesen worden war. Denn nur dann konnte ein Teil davon an das Finanzamt gezahlt („zurückgeführt“) werden und der andere Teil bei den Beklagten verbleiben („... sollte für Sie sein ...“). Eine andere nachvollziehbare Erklärung hat Frau R. bei ihrer Vernehmung als Geschäftsführerin der Klägerin nicht gegeben.

Aus dem Wortlaut der oben genannten Schreiben folgt aber auch, dass die Klägerin nicht den gesamten überwiesenen Betrag den Beklagten zugedacht hatte. Zwar haben die Beklagten behauptet, sie hätten mit der Klägerin vereinbart, dass das von ihr aufgenommene Darlehen über 57.000 DM entgegen dem gegenüber der

Stadtparkasse angegebenen Verwendungszweck (Begleichung einer Steuernachzahlung) in voller Höhe und ausschließlich zur Tilgung ihrer offenen Steuerberaterhonorarrechnungen dienen sollte. Diese von der Klägerin bestrittene Behauptung haben die Beklagten jedoch nicht bewiesen.

Der Senat vermag insoweit nicht der Auffassung des Landgerichts zu folgen. Weder aus der Aussage der Geschäftsführerin der Klägerin noch aus dem Vortrag der Parteien und den vorgelegten Unterlagen kann eine solche Vereinbarung hergeleitet werden. Aus den oben genannten Schreiben der Klägerin ergibt sich vielmehr, dass das überwiesene Geld nach dem Willen der Klägerin aufgeteilt werden sollte, und zwar sollten von dem Geld teils Steuerschulden an das Finanzamt und teils Steuerberaterhonorarforderungen der Beklagten bezahlt werden. Da die von den Beklagten behauptete Vereinbarung über die Verwendung des an sie überwiesenen Geldes nicht bewiesen ist, konnte die Klägerin allein über die Verwendung des Geldes bestimmen.

Noch bevor die 57.457,47 DM an die Beklagten überwiesen worden waren – die Zahlung ist bei den Beklagten am 26.9.1994 eingegangen –, teilte die Klägerin, wie bereits erwähnt, dem Beklagten zu 2) mit Schreiben vom 20.9.1994 mit, dass von der Überweisung von 57.000 DM 36.568,19 DM an das Finanzamt gezahlt werden müssten und dass danach noch 20.431,81 DM verblieben.

Von ihrem Empfängerhorizont aus konnten und durften die Beklagten dieses Schreiben der Klägerin nur dahin gehend verstehen, dass ihnen die Klägerin den Betrag von 36.568,19 DM treuhänderisch überlassen hatte und dass dieses Geld zweckgebunden war und von den Beklagten, jedenfalls bis zu einer anderen Weisung der Klägerin, nur zur Zahlung von Steuerschulden verwendet werden durfte.

Die Beklagten waren daher nicht berechtigt, ohne Absprache mit der Klägerin über den überwiesenen Betrag in vollem Umfang zu verfügen und das Geld mit ihren eigenen Steuerberaterhonoraransprüchen zu verrechnen.

Dem steht nicht entgegen, dass die von der Klägerin in ihrem Schreiben vom 20.9.1994 erwähnten **Steuerschulden von 36.568,19 DM tatsächlich nicht bestanden** oder nicht bezahlt werden mussten, weil sie auf entsprechenden

Antrag der Beklagten mit Steuererstattungsansprüchen der Klägerin verrechnet werden sollten. Unstreitig war der oben genannten Überweisung der Klägerin eine Mahnung des Finanzamts wegen rückständiger Steuern in Höhe von 36.568,19 DM vorausgegangen. Die Klägerin hat dazu vorgetragen, dass ihr damals nicht bekannt gewesen sei, dass es sich bei der Mahnung des Finanzamts um ein Versehen gehandelt habe.

Für die Richtigkeit der Behauptung der Klägerin spricht ihr Schreiben vom 20.9.1994, das sonst keinen Sinn ergäbe. Der Umstand, dass der im Schreiben der Klägerin vom 20.9.1994 erwähnte Betrag von 36.568,19 DM nicht an das Finanzamt gezahlt werden musste und somit zu einer anderen Verwendung frei war, **berechtigte die Beklagten jedoch nicht, dieses Geld ohne Zustimmung der Klägerin zur Verrechnung mit eigenen Ansprüchen zu verwenden.**

Da die Beklagten unstreitig von dem überwiesenen Geld keine Steuerschulden der Klägerin bezahlt haben, waren sie grundsätzlich gemäß den §§ 675, 677 BGB **zur Herausgabe des ihnen treuhänderisch überlassenen Geldes verpflichtet.** In Höhe von 34.639,15 DM ist jedoch eine **wirksame Verrechnung der Beklagten mit eigenen Steuerberatergebührenforderungen erfolgt**, so dass die Klägerin insoweit keinen Rückzahlungsanspruch mehr hat. Das ergibt sich aus Folgendem:

Gemäß dem Schreiben der Klägerin vom 20.9.1994 und dem Schreiben, das sie am 19.10.1994 an die Beklagten gefaxt hat, hatte die Klägerin von vornherein einen Teil des überwiesenen Geldes, nämlich 20.431,81 DM, für die Beklagten bestimmt.

Aus den Schreiben der Klägerin vom 14. und 17.10.1994 geht hervor, dass die Klägerin zwar über die von den Beklagten eigenmächtig vorgenommene Verrechnung des überwiesenen Geldes mit ihren Steuerberatergebührenforderungen verärgert war und dieses Verhalten der Beklagten nicht in Ordnung fand, von den überwiesenen 57.000 DM aber (nur) 15.000 DM zurückerhalten wollte (Rücküberweisung auf ihr privates Konto).

In ihrem Schreiben vom 17.10.1994, in dem sie u.a. zwei Gebührenrechnungen der Beklagten beanstandete, bat sie um Mitteilung, ob die Beklagten inzwischen die Überweisung vorgenommen hätten. Diese Anfrage der Klägerin bezog

sich offensichtlich auf die drei Tage zuvor „dringendst“ erbetene Überweisung in Höhe von 15.000 DM auf das private Konto, gemeint war damit offensichtlich das private Konto der Geschäftsführerin der Klägerin.

Da die Klägerin bereits mit Schreiben vom 17.10.1994 zwei Rechnungen der Beklagten beanstandet hat, sind die Schreiben der Klägerin vom 14. und 17.10.1994 nach ihrem Erklärungsinhalt dahin gehend auszulegen, dass die Klägerin gebilligt hat, dass die Beklagten den über 15.000 DM hinausgehenden Betrag mit deren offenen Steuerberaterhonorarforderungen verrechnen, soweit sie sie nicht beanstandet hat. Damit waren durch Verrechnung Honorarforderungen der Beklagten in Höhe von insgesamt 34.639,15 DM getilgt, wie sich aus folgender Berechnung ergibt:

von der Klägerin überwiesener Betrag = insgesamt	57.457,47 DM
abzüglich unstreitige Zuviehforderung der Beklagten, die diese an die Klägerin zurückgezahlt haben	<u>3.123,92 DM</u>
	54.333,55 DM
abzüglich von der Klägerin gemäß Schreiben vom 14. und 17.10.1994 zurückgeforderter	15.000,00 DM
abzüglich von der Klägerin am 17.10.1994 beanstandete Honorarrechnungen über insgesamt	<u>4.694,40 DM</u>
	34.639,15 DM

Zwar ist der Rückzahlungsanspruch der Klägerin durch die von ihr gebilligte Verrechnung nur in Höhe von 34.639,15 DM erloschen. Da von der geltend gemachten Honorarforderung der Beklagten von insgesamt 54.333,55 DM ein Betrag von 35.397,24 DM unstreitig ist, kann die Klägerin aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag insgesamt 35.397,24 DM nicht zurückverlangen. **Denn für eine Klageforderung, die alsbald zurückgewährt werden muss, besteht kein Rechtsschutzbedürfnis nach dem Grundsatz „dolo agit, qui petit, quod statim redditurus est“.**

Nach diesem Grundsatz wäre der Herausgabeanspruch der Klägerin gemäß den §§ 675, 677 BGB aus dem Treuhandverhältnis in Höhe von 35.397,24 DM auch dann unbegründet, wenn man in den oben genannten Schreiben der Klägerin an die Beklagte vom 14. und 17.10.1994 kein Einverständnis der Klägerin mit der von den Beklagten vorgenommenen Verrechnung in dem genannten Umfang sieht.

Da die Klägerin den Beklagten Steuerberatergebühren in Höhe von unstreitig 35.397,24 DM schuldet, müsste sie, wenn ihrer Klageforderung in dieser Höhe stattgegeben würde, umgehend diesen Geldbetrag zur Tilgung ihrer Schuld wieder an die Beklagten zahlen.

Die Klägerin hat gegen die Beklagten jedoch Anspruch auf Rückzahlung von 18.936,31 DM. Dieser Anspruch ist nicht durch Aufrechnung erloschen. Die von den Beklagten erklärte Aufrechnung mit ihren Steuerberaterhonorarforderungen von zunächst 18.936,18 DM und von nunmehr 17.206,90 DM ist nicht wirksam erfolgt.

Für die Beklagten bestand, soweit sie das im September 1994 überwiesene Geld von der Klägerin als Treuhänder erhalten haben, ein Aufrechnungsverbot. Grundsätzlich dürfen Treuhänder und Geschäftsführer gegen den Anspruch auf Herausgabe des Erlangten **nicht beliebig aufrechnen, weil es aufgrund des Treuhandverhältnisses gegen Treu und Glauben verstoßen würde, wenn der Treuhänder dem Herausgabeverlangen des Treugebers mit eigenen Gegenforderungen entgegentritt** (vgl. BGH, NJW 1995, 1425).

Zur treuhänderischen Verwahrung und Verwaltung fremden Geldes gehört nicht nur dessen ordnungsgemäße Aufbewahrung, sondern nach dem Sinn und Zweck der zugrunde liegenden Abrede auch dessen vollständige Rückgewähr im Fall eines Rückgewährbegehrens. Wenn das Verwahrverhältnis erlischt, bleibt der Herausgabeanpruch des Treugebers gegen den Treuhänder ohne die Gefahr einer Aufrechnungslage bestehen. Ausnahmsweise ist jedoch dann eine Aufrechnung des Treuhänders mit eigenen Ansprüchen möglich, sofern dies Treu und Glauben entspricht (BGH, a.a.O.).

Das ist hier aber aufgrund des sehr fragwürdigen Verhaltens der Beklagten im Zusammenhang mit der Auszahlung der 57.457,47 DM gerade nicht der Fall. Die Klägerin brauchte nach Treu und Glauben nicht damit zu rechnen, dass die Beklagten die gesamte von ihr überwiesene Summe kurz nach Erhalt in vollem Umfang mit eigenen Steuerberaterhonoraransprüchen verrechnen, obwohl nach ihrem ausdrücklichen Willen ein Teil des Geldes für die Tilgung von Steuerschulden der Klägerin bestimmt war.

Den Beklagten war nach eigenem Vorbringen bekannt, dass die Sparkasse der Klägerin das Darlehen von 57.000 DM nicht ausgezahlt hätte,

wenn sie, die Sparkasse, gewusst hätte, dass das Darlehen nicht, wie in dem Darlehensvertrag angegeben, zur Begleichung von Steuerschulden, sondern jedenfalls zum Teil zur Tilgung von Steuerberaterhonorarforderungen der Beklagten dienen sollte.

Die Beklagten haben die Auszahlung des Darlehens nach ihrem eigenen Vortrag durch ihr an die Stadtparkasse gerichtetes Fax vom 22.9.1994 erreicht, in dem sie gegenüber der Stadtparkasse wahrheitswidrig angegeben haben, dass sie, die Beklagten, mit der Zahlung von Steuerschulden der Klägerin in Höhe von 56.164,66 DM in Vorlage getreten sind. Unstreitig hat die Stadtparkasse aufgrund der Mitteilung der Beklagten vom 22.9.1994 das von der Klägerin beantragte Darlehen ausgezahlt.

Selbst wenn man davon ausgehen würde, dass die Beklagten grundsätzlich zur Aufrechnung mit eigenen Steuerberaterhonorarforderungen berechtigt waren, ist eine Aufrechnung nicht wirksam erfolgt, weil die Klageforderung und die von den Beklagten geltend gemachte Gegenforderung von zunächst 18.936,31 DM und nunmehr 17.206,90 DM gemäß Rechnung vom 12.12.1997 sich zu keinem Zeitpunkt aufrechenbar gegenübergestanden haben.

Nachdem bezüglich der strittigen Steuerberaterhonorarforderungen der Beklagten über 18.936,31 DM die Beweisaufnahme ergeben hat, dass die Beklagten nicht die berechneten Steuerberaterleistungen erbracht hatten, haben die Beklagten mit Schriftsatz vom 12.12.1997 die von der Klägerin gerügten Honorarrechnungen durch **fünf „Ersatzrechnungen“** ersetzt, welche nunmehr auf § 35 Abs. 3 StBGebV gestützt sind.

Diese Ersatzrechnungen über insgesamt 17.206,90 DM sind der Klägerin am 12.12.1997 übersandt worden. Sie betreffen „umfangreiche Abschlussarbeiten zum Jahresabschluss“ für die Jahre 1991, 1992 und 1993.

Diese Ansprüche der Beklagten sind verjährt. Den jeweiligen Jahresabschluss haben die Beklagten gemäß der Aussage des Zeugen K. im darauf folgenden Jahr gemacht, so dass der letzte Jahresabschluss für 1993 im Jahr 1994 erfolgt ist. Damit waren alle Honorarforderungen der Beklagten aus den Jahren 1992, 1993 und 1994, die die Beklagten erstmals am 12.12.1997 in Rechnung gestellt haben, zu diesem Zeitpunkt verjährt.

Eine wirksame Aufrechnung konnte auch nicht mehr gemäß § 390 Satz 2 BGB erfolgen, weil die Gegenforderung, mit der die Beklagten aufgerechnet haben, einredebehaftet war.

Die Gegenforderung, mit der der Schuldner aufrechnet, muss voll wirksam, fällig und rechtlich erzwingbar sein. Ihr darf keine Einrede entgegenstehen (vgl. *MünchKomm-BGB* 3. Aufl., § 387 Rdnr. 18). Die Forderung der Beklagten war fällig, da die Fälligkeit der Honorarforderung nicht von der Erteilung einer Honorarrechnung abhängt. Die Vergütung des Steuerberaters wird vielmehr – ebenso wie die Vergütung eines Rechtsanwalts – fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist (§ 7 StBGebV).

Hier war die Gebührenforderung der Beklagten zwar fällig, aber nicht einforderbar und damit rechtlich nicht durchsetzbar, weil eine den Formvorschriften des § 9 StBGebV entsprechende Honorarrechnung fehlte und nach wie vor fehlt, da § 13 StBGebV (Höhe der Zeitgebühr) nicht in den Rechnungen vom 12.12.1997 genannt worden ist, wie es zwingend erforderlich war.

Die Anforderungen an den Inhalt der Steuerberaterhonorarrechnungen sind unverzichtbar. **So lange eine Honorarrechnung nicht den Anforderungen des § 9 StBGebV entspricht, ist der Vergütungsanspruch nicht einforderbar und somit auch nicht klagbar** (vgl. *OLG Düsseldorf*, GI 1990, 113; GI 1997, 152). Entgegen der Auffassung der Beklagten entsteht die für § 390 Satz 2 BGB notwendige **Aufrechnungslage erst dann, wenn der Steuerberater die in § 9 StBGebV vorgeschriebene Honorarrechnung erteilt hat.**

Das hat der Bundesgerichtshof für die Vergütungsforderung eines Rechtsanwalts entschieden (vgl. *BGH*, *AnwBl* 1985, 257, 258) und dazu ausgeführt:

„... Einfordern heißt Geltendmachung der Vergütungsansprüche, sei es durch Klage, sei es durch Aufrechnung ...

So lange es an der Mitteilung einer solchen Berechnung fehlt, braucht der Auftraggeber nicht zu zahlen. Auch muss dann eine Zahlungsklage abgewiesen werden, weil eine von Amts wegen zu beachtende Voraussetzung für die Geltendmachung anwaltlicher Gebührenforderungen fehlt ...

Im Ergebnis ist der Anspruch auf eine Anwaltsvergütung vor Erfüllung der genannten Voraussetzung wie eine Naturalobligation zu behandeln ...

Nach allgemeiner Meinung kann mit nicht klagbaren Forderungen nicht aufgerechnet werden ...

Ein Rechtsanwalt kann daher mit seiner Gebührenforderung nur aufrechnen, wenn er zuvor den Anforderungen des § 18 BRAGO entsprechend Rechnung erteilt hat ...“ (*ebenso OLG Köln*, *AnwBl* 1994, 471; vgl. *Gerold/Schmidt/Eicken/Madert*, *BRAGO* 13. Aufl., § 18 Rdnr. 3).

Da die Rechtslage bezüglich der Fälligkeit und der Einforderbarkeit der Gebührenforderung und dem Beginn der Verjährung bei einem Vergütungsanspruch eines Anwalts und eines Steuerberaters vergleichbar ist, auch wenn der entsprechende Gesetzestext in der BRAGO und in der Steuerberatergebührenverordnung etwas anders gefasst ist, ist die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ebenfalls auf die Steuerberatergebührenforderungen anwendbar. Das ergibt sich aus den anerkannten Rechtsgrundsätzen der Aufrechnung, wonach grundsätzlich mit nicht klagbaren Forderungen nicht aufgerechnet werden kann, und der Steuerberatergebührenverordnung. (...)

Die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision liegen nicht vor. Insbesondere besteht auch kein Anlass, die Revision wegen der Frage, ob der Steuerberater mit einer verjährten Steuerberaterhonorarforderung gegen eine Klageforderung aufrechnen kann, wenn er erst nach Eintritt der Verjährung seiner Honorarforderungen eine Gebührenrechnung entsprechend den Anforderungen der Steuerberatergebührenverordnung erteilt.

Denn die Beklagten gehen selbst davon aus, dass der Aufrechnende im Zeitpunkt seiner Aufrechnungserklärung die Voraussetzungen geschaffen haben muss, die es ihm ermöglichen würden, seine Forderung auch im Wege der Leistungsklage durchzusetzen. Diese Voraussetzungen, nämlich die Erteilung einer ordnungsgemäßen Gebührenrechnung, lagen gerade nicht vor.

Im Übrigen ist die Sache im Hinblick auf die zitierte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Der Senat weicht auch nicht von einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs ab.

Anwaltshaftung

- Sachverhaltsermittlung
- Auskünfte zum Versorgungsausgleich
- Ausschluss des Versorgungsausgleichs wegen grober Unbilligkeit, § 1587c BGB
(OLG Celle, Urt. v. 3.6.1998 - 3 U 159/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Rechtsanwalt muss durch Befragen des Mandanten ein möglichst vollständiges und objektives Bild des Sachverhalts gewinnen.
2. Die Voraussetzungen für den Ausschluss des Versorgungsausgleichs wegen grober Unbilligkeit können gegeben sein, wenn der ausgleichspflichtige Ehegatte den Eheunterhalt im Wesentlichen sichergestellt hat und dem anderen Ehegatten ein Studium ermöglicht hat, ohne dass er an den durch das Studium bewirkten Einkommenssteigerungen teilnimmt.
3. In einem sachgerechten Scheidungsfolgenvertrag kann die erwartete, für einen Ehegatten nachteilige Durchführung des Versorgungsausgleichs bei anderen Positionen der Vermögensauseinandersetzung berücksichtigt werden.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten auf Feststellung, hilfsweise auf Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 141.640,98 DM wegen Schlechterfüllung eines anwaltlichen Geschäftsbesorgungsvertrages in Anspruch. Der Beklagte hatte die Klägerin in deren 1990 eingeleiteten, 1994 beendeten Scheidungsverfahren vertreten.

Die Klägerin hatte im Jahr 1974 den damals exmatrikulierten Studenten B. geheiratet. Die Klägerin war seinerzeit Beamtin (Lehrerin) auf Probe und wurde 1975 zur Beamtin auf Lebenszeit ernannt. 1976 nahm der Ehemann der Klägerin sein Studium der Psychologie wieder auf, wechselte 1978 das Studienfach und begann, Zahnmedizin zu studieren. 1985 machte er sich als Zahnarzt selbständig. Aus der Ehe sind zwei Kinder (geboren 1974 und 1977) hervorgegangen.

1990 trennten sich die Eheleute, die Klägerin stellte mit Schriftsatz vom 22.10.1990 beim Amtsgericht - Familiengericht - Antrag auf Scheidung der Ehe.

Mit Schriftsatz der Klägerin vom 1.10.1991 wurde ein Zugewinnausgleichsverfahren eingeleitet.

Am 30.12.1993 schlossen die Eheleute eine Scheidungsfolgenvereinbarung, in der neben einer umfassenden Regelung zur Vermögensverteilung auch ein Verzicht der Klägerin auf Zugewinnausgleichsansprüche enthalten war. Hinsichtlich des Versorgungsausgleichs heißt es in der Vereinbarung, der gesetzliche Versorgungsausgleich solle von Amts wegen durchgeführt werden. Daraufhin wurde die Ehe bei Durchführung des Versorgungsausgleichs nach den gesetzlichen Vorschriften im Jahr 1994 geschieden.

Die Klägerin ist der Auffassung, der Beklagte hätte im Rahmen des Scheidungsverfahrens mit Erfolg auf den Ausschluss des Versorgungsausgleichs, in dessen Rahmen dem Ehemann der Klägerin aus deren Beamtenversorgungsanwartschaften Rentenanwartschaften in Höhe von monatlich 562,79 DM übertragen worden sind, hinwirken können und müssen. Sie hat behauptet, sie habe den Beklagten von Beginn des Scheidungsverfahrens an darauf hingewiesen, dass sie unbedingten Wert darauf lege, dass der Versorgungsausgleich nicht durchgeführt werde.

Sie hat die Auffassung vertreten, ein Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 1587c Nr. 1 BGB wäre möglich gewesen, da sie, wie sie behauptet, während des größten Teils der Ehezeit das Hochschulstudium ihres Ehemannes finanziert habe, sie die Kosten des Haushalts allein bestritten habe und auch die Versorgung der beiden gemeinsamen Kinder von ihr sichergestellt worden sei. Ihr Ehemann habe erst mit Eintritt in das Berufsleben 1985 zum Familienunterhalt beigetragen und von diesem Zeitpunkt auch selbst Versorgungsanwartschaften über das Versorgungswerk der Zahnärzte erworben. Die von ihr übertragene Rentenanwartschaft in Höhe von 562,70 DM entspreche einem Kapitalbetrag von 141.640,98 DM.

Nachdem am 30.1.1997 gegen die Klägerin Versäumnisurteil ergangen war, ...

(Anträge ...)

Der Beklagte hat behauptet, ihm sei der Wunsch der Klägerin auf einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs nicht bekannt gewesen, insbesondere habe die Klägerin ihm keine Umstände vorgetragen, aufgrund derer er einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs hätte in Erwägung ziehen müssen. Im Übrigen hätten auch die Voraussetzungen für einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 1587c Nr. 1 BGB nicht vorgelegen.

Das Landgericht hat unter Aufrechterhaltung des Versäumnisurteils die Klage in vollem Umfang abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, die Klägerin habe weder substantiiert dargetan noch unter Beweis gestellt, dass sie den Beklagten über die Umstände, die einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs hätten rechtfertigen können, informiert habe. Im Übrigen seien selbst dann, wenn man den von der Klägerin behaupteten Sachverhalt zugrunde lege, die Voraussetzungen für einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs nicht gegeben gewesen.

Gegen dieses Urteil richtet sich die Berufung der Klägerin, die nunmehr die Auffassung vertritt, der Beklagte sei jedenfalls verpflichtet gewesen, sie über die Umstände, die einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs hätten rechtfertigen können, zu befragen.

Anlass hierfür habe für den Beklagten deshalb bestanden, weil dieser aus den Auskünften zum Versorgungsausgleich die unterschiedliche Entwicklung der Versorgungsanswartschaften der Eheleute habe erkennen können und zudem schon der Sachverständige G. im Rahmen seines im Versorgungsausgleichsverfahren erstatteten Gutachtens vom 19.7.1991 empfohlen habe, Zugewinnausgleichsansprüche und Versorgungsausgleichsansprüche der Parteien des Scheidungsverfahrens zu verrechnen. Im Übrigen stelle die Finanzierung des Studiums durch die Ehefrau unter gleichzeitiger Betreuung der Kinder den typischen Fall für einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 1587c Nr. 1 BGB dar.

(Anträge ...)

Der Beklagte bestreitet jegliche Information seitens der Klägerin über Umstände, die einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs nach § 1587c Nr. 1 BGB hätten rechtfertigen können und weist auf die zwischen der Klägerin und ihrem geschiedenen Ehemann direkt ausgehandelte und abgeschlossene Scheidungsfolgenvereinbarung hin. Diese habe eine Gesamtlösung beinhaltet, in deren Rahmen die Ehegatten die Durchführung des Versorgungsausgleichs bewusst einbezogen hätten. (...)

Die zulässige Berufung der Klägerin hat in der Sache keinen Erfolg. Jedenfalls im Ergebnis zutreffend hat das Landgericht die Klage abgewiesen.

Aus den Gründen:

1. Entgegen der Auffassung des Landgerichts ist allerdings davon auszugehen, dass für den Beklagten Anlass bestand, die Klägerin über die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit des Ausschlusses des Versorgungsausgleichs gemäß § 1587c Nr. 1 BGB zu informieren. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob die Klägerin – wie von ihr behauptet und unter Beweis gestellt – den Beklagten ausdrücklich nach den Möglichkeiten und Voraussetzungen für einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs befragt hat.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH, NJW 1961, 601 f) darf sich der Rechtsanwalt nicht mit den ihm von seinem Mandanten erteilten Informationen begnügen. Er muss vielmehr durch eigeninitiatives Befragen ein möglichst vollständiges und objektives Bild der Sachlage gewinnen. Dabei hat er die Aufgabe, die im Hinblick auf die anzuwendenden Rechtsvorschriften richtigen Fragen an seinen Auftraggeber zu stellen, um so die Informationen, die er für eine umfassende Beratung benötigt, zu beschaffen.

Hierfür, also für eine ergänzende Aufklärung des Sachverhalts durch den Beklagten, hätte im gegebenen Fall durchaus Anlass bestanden. Aus den Auskünften zum Versorgungsausgleich war für den Beklagten erkennbar, dass die Lebensentwicklung der Ehegatten einen unterschiedlichen Verlauf genommen hatte, dass nämlich die Klägerin bereits bei Heirat der Eheleute im öffentlichen Dienst war und durchgängig während der Ehezeit Versorgungsanswartschaften erworben hatte, wohingegen der Beklagte erst im Jahr 1985 – im Alter von 37 Jahren – ins Berufsleben eingetreten war. Darüber hinaus ergab sich aus dem im Rahmen des Versorgungsausgleichsverfahrens eingeholten Gutachten des Sachverständigen G. vom 19.7.1991, dass die berufsständische Versorgungsanswartschaft des Ehemanns der Klägerin – da nach der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als nicht volldynamisch anzusehen – im Ausgleichsverfahren erheblich abgewertet werden würde.

2. Auch die Annahme einer Pflicht des Beklagten, den Sachverhalt von sich aus durch Befragen der Klägerin weiter aufzuklären, führt jedoch nicht zum Erfolg der Berufung der Klägerin, da im Ergebnis die Voraussetzungen für einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs gemäß § 1587c Nr. 1 BGB nicht gegeben sind.

a) Gemäß § 1587c Nr. 1 BGB findet ein Versorgungsausgleich nicht statt, soweit die Inanspruchnahme des Verpflichteten unter Berücksichtigung der beiderseitigen Verhältnisse, insbesondere des beiderseitigen Vermögenserwerbs während der Ehe oder im Zusammenhang mit der Scheidung, **grob unbillig** wäre, wobei Umstände nicht allein deshalb berücksichtigt werden dürfen, weil sie zum Scheitern der Ehe geführt haben.

b) Nach der Rechtsprechung sowohl der Oberlandesgerichte (etwa OLG Köln, FamRZ 1994, 1473) als auch des Bundesgerichtshofs (FamRZ 1988, 600) **können die Voraussetzungen für einen Ausschluss des Versorgungsausgleichs wegen grober Unbilligkeit dann gegeben sein, wenn der ausgleichspflichtige Ehegatte während der Ehe durch seine Erwerbstätigkeit den Unterhalt der Familie im Wesentlichen sichergestellt und dem anderen Ehegatten so die Durchführung eines Studiums ermöglicht hat, während er infolge der Scheidung an den durch das Studium des Ehemannes bewirkten Einkommenssteigerungen nicht (mehr) teilnimmt.**

Diese Voraussetzungen liegen im gegebenen Fall jedoch nicht vor.

aa) Zwar hat die Klägerin nach ihrem – allerdings bestrittenen – Vorbringen das Studium ihres Mannes finanziert, während dieser wegen seiner Ausbildung – und nicht aus anderen Gründen, etwa denen der Kindererziehung – zunächst keine eigenen Versorgungsanwartschaften erworben hat. Im konkreten Fall steht der Anwendung die Härteklausele des § 1587c Nr. 1 BGB jedoch entgegen, dass die Ehe der Klägerin nicht etwa unmittelbar nach Abschluss des Studiums ihres Ehemanns geschieden worden ist. Vielmehr hat dieser im Jahr 1985 eine Zahnarztpraxis eröffnet.

Die Klägerin hat mithin noch fünf Jahre an den durch das Studium ermöglichten Einkünften ihres Ehemannes partizipiert, wobei sich etwa aus der Berechnung der Steuerberatungsgesellschaft F. vom 13.3.1991 schließen lässt, dass das Einkommen des Ehemanns der Klägerin deren Einkünfte als Lehrerin deutlich überstiegen hat: Bei einem erwarteten Halbjahresumsatz von 250.000 DM und einer – nach den Erfahrungen des Senats als äußerst zurückhaltend anzusehenden – geschätzten Umsatzrendite von lediglich 35% belief sich die Gewinnerwartung des Ehemannes der Klägerin im 1. Halbjahr 1991 auf 90.000 DM.

bb) In den fünf Jahren seiner Berufstätigkeit als Zahnarzt hat der Ehemann der Klägerin darüber hinaus selbst nicht unerhebliche Versorgungsanwartschaften erworben. Ausweislich des Gutachtens des Sachverständigen G. betrug das auf die Ehezeit bezogene Deckungskapital der Altersversorgung des Ehemanns der Klägerin 48.887 DM, seine hieraus zu erwartenden Rentenansprüche beliefen sich auf monatlich 562 DM; lediglich im Versorgungsausgleichsverfahren ist diese Anwartschaft, da als nur teildynamisch eingestuft, auf monatlich 266 DM abgewertet worden.

cc) Darüber hinaus steht auch der gemäß § 1587c Nr. 1 BGB zu berücksichtigende beiderseitige Vermögenserwerb der Parteien während der Ehe der Bewertung entgegen, die Durchführung des Versorgungsausgleichs zu Lasten der Klägerin treffe diese in grob unbilliger Weise. Aus den im Rahmen des Zugewinnausgleichsverfahrens gewechselten Schriftsätzen ergibt sich, dass die Klägerin, die schon bei Beginn der Ehe über erhebliches Vermögen verfügte, dieses Vermögen während der Ehezeit noch deutlich vermehrt hat.

So hat sich etwa der Wert des Kommanditanteils der Klägerin an der ... GmbH von 21.000 DM auf 101.000 DM nahezu verfünffacht; auch die 24,5%ige Beteiligung der Klägerin an der ... BGB-Gesellschaft ist trotz behaupteten Wertverfalls eines Grundstücks um etwa 20.000 DM angewachsen. Weiterhin hat die Klägerin während der Ehezeit Lebensversicherungen mit Rückkaufswerten von mehr als 90.000 DM aufgebaut. Bei Ehezeitende besaß die Klägerin gemeinsam mit ihrem Ehemann ein Hausgrundstück im Wert von 840.000 DM, wovon mehr als 400.000 DM unbelastet waren.

Diesem Wertzuwachs ihres Vermögens stand entgegen den Ausführungen der Klägerin keine entsprechende Mehrung der Passiva entgegen. Die von der Klägerin erstellte Auflistung ihrer Verbindlichkeiten ist offensichtlich geschönt und unrichtig. So kann selbst bei Erhöhung der monatlichen Lasten von 5.000 DM im Jahr 1970 auf 8.518 DM im Jahr 1990 die anteilige Rentenschuld der Klägerin gegenüber ihren Eltern nicht von rund 200.000 DM auf nahezu 350.000 DM angewachsen sein, da sich die restliche Dauer der Rentenverpflichtung während der 16-jährigen Ehezeit erheblich vermindert hat. Darüber hinaus sind im Rahmen der nach § 1587c Nr. 1 BGB anzustellenden Billigkeitserwägungen auch die Schenkungen ihrer Eltern in Höhe von be-

haupteten mehreren 100.000 DM zu berücksichtigen (vgl. BGH, FamRZ 1988, 47 für den umgekehrten Fall des Vermögenserwerbs des Ausgleichsberechtigten), da sich die Vermögens- und damit auch die Versorgungslage der Klägerin hierdurch während der Ehezeit deutlich verbessert hat.

3. Unabhängig hiervon steht einem Schadenersatzanspruch der Klägerin auch die zwischen ihr selbst und ihrem Ehemann ausgehandelte Trennungs- und Scheidungsfolgenvereinbarung vom 13./18.1.1994 entgegen.

Diese Vereinbarung, die die Parteien des Scheidungsverfahrens – obgleich beiderseits anwaltlich vertreten – aufgrund unmittelbar miteinander geführter Verhandlungen getroffen haben, beinhaltet eine umfassende Regelung der wechselseitigen Ansprüche der Ehegatten unter ausdrücklicher Einbeziehung der güterrechtlichen und versorgungsausgleichsrechtlichen Ansprüche.

Sie schließt Schadenersatzansprüche der Klägerin gegen den Beklagten aus, weil die Ehegatten in Kenntnis der Ausgleichspflicht der Klägerin im Versorgungsausgleichsverfahren die hieraus resultierende Belastung der Klägerin berücksichtigt und in die Vergleichsvereinbarung in der Weise eingestellt haben, dass die Klägerin überproportional an der Verteilung des weiteren Vermögens der Ehegatten partizipierte – was ohne Durchführung des Versorgungsausgleichs nicht der Fall gewesen wäre, da die Durchführung des Versorgungsausgleichs Geschäftsgrundlage dieser Vereinbarung war.

Der Nachteil, den die Klägerin mit der Durchführung des Versorgungsausgleichs wirtschaftlich erlitten hat, ist durch die weiteren Regelungen in der Scheidungsfolgenvereinbarung kompensiert und stellt damit keinen Schaden, den die Klägerin nunmehr gegenüber dem Beklagten geltend machen könnte, dar.

a) Aus den im Zugewinnausgleichsverfahren der Eheleute gewechselten Schriftsätzen ergibt sich, dass auch und gerade die Regelung des Versorgungsausgleichs in die Verhandlungen der Parteien mit einbezogen worden ist. So hat zunächst der Beklagte als anwaltlicher Vertreter der Klägerin deren Ehemann mit Schriftsatz vom 5.8.1992 einen Vergleichsvorschlag gemacht, der die Errechnung eines Zugewinnausgleichsanspruchs der Klägerin in Höhe von 166.000 DM beinhaltete, in dem der Gegenseite

jedoch das Angebot gemacht wurde, auf diesen Betrag Zug um Zug gegen den Verzicht auf die Durchführung des gesetzlichen Versorgungsausgleichs zu verzichten.

Nochmals ist der Gegenseite ein Verzicht auf die Durchführung des Versorgungsausgleichs mit Schreiben vom 12.1.1993 angetragen worden. Diesem Ansinnen ist der Prozessbevollmächtigte des Ehemanns der Klägerin mit Schreiben vom 8.9.1992 entgegengetreten, u. a. mit dem ausdrücklichen Hinweis, Gründe für einen Verzicht auf die Durchführung des Versorgungsausgleichs seien nicht gegeben.

b) Das Ergebnis dieser Verhandlungen der Eheleute war die Scheidungsfolgenvereinbarung vom 13./18.1.1994. Mit dieser Vereinbarung haben die Eheleute in Kenntnis des Gutachtens des Sachverständigen G., also im Bewusstsein und auf der Grundlage der Ausgleichspflicht der Klägerin im Versorgungsausgleichsverfahren eine umfassende Regelung zur Vermögensauseinandersetzung getroffen.

Hierbei ist die erwartete Durchführung des Versorgungsausgleichs zu Lasten der Klägerin wirtschaftlich in der Weise berücksichtigt worden, dass entgegen den ursprünglichen Vorstellungen ihres Ehemannes die Klägerin nicht nur die Hälfte – so der Vorschlag des Ehemannes im Schreiben vom 22.7.1992 – sondern 2/3 des beim Amtsgericht hinterlegten Erlöses aus dem Verkauf des gemeinsamen Hauses in Höhe von mehr als 400.000 DM erhielt. Darüber hinaus hat der Ehemann der Klägerin diese gegen Übertragung eines hälftigen Grundstücksanteils in E., den die Klägerin selbst im Zugewinnausgleichsverfahren mit 30.000 DM bewertet hatte, von Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 73.000 DM freigestellt.

c) Hieraus ergibt sich, dass die Klägerin selbst die von ihr ausgehandelte Scheidungsfolgenvereinbarung als sachgerechte Lösung der Streitigkeiten der Scheidungsparteien um eine Vermögensauseinandersetzung angesehen hat.

Geschäftsgrundlage dieser Vereinbarung war, dass auch nach der Vorstellung der Klägerin der Versorgungsausgleich nach den gesetzlichen Vorschriften zu ihren Lasten durchgeführt wurde. Dies ergibt sich zwingend daraus, dass der Klägerin nach ihrem eigenen Vortrag die Möglichkeit eines Ausschlusses des Versorgungsausgleichs nicht bekannt war, sie mithin – wie auch die Regelung in der Scheidungsfolgen-

vereinbarung „... der gesetzliche Versorgungsausgleich soll dabei von Amts wegen durchgeführt werden“ – von der Durchführung des Versorgungsausgleichs entsprechend den bereits vorliegenden Auskünften der Rentenversicherungsträger ausging.

4. Schließlich und unabhängig hiervon steht Schadenersatzansprüchen der Klägerin auch entgegen, dass wegen der konkreten Umstände des Einzelfalls nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Klägerin – hätte der Beklagte pflichtgemäß über die Ausschlussmöglichkeiten nach § 1587c Nr. 1 BGB beraten – auf einen entsprechenden Antrag zum Ausschluss des Versorgungsausgleichs gedrungen hätte. Eine sachgerechte Beratung des Beklagten über die Möglichkeiten, den Versorgungsausgleich nach § 1587c Nr. 1 BGB auszuschließen, hätte zwangsläufig den Hinweis auf die erheblichen Risiken, die einem Erfolg eines Ausschlussverfahrens entgegenstanden, beinhaltet.

Da ein Antrag der Klägerin nach § 1587c Nr. 1 BGB zudem, da die Durchführung des Versorgungsausgleichs wirtschaftlich in die Scheidungsfolgenvereinbarung einbezogen war, den Abschluss dieser Vereinbarung zum Scheitern gebracht hätte, der Klägerin mithin die wirtschaftlichen Vorteile, die ihr die Scheidungsfolgenvereinbarung bot, entgangen wären, kann nicht angenommen werden, dass die Klägerin auf entsprechende sachgerechte Beratung des Beklagten hin unter Verzicht auf die Ansprüche aus der Scheidungsfolgenvereinbarung das Risiko eines Ausschlussverfahrens nach § 1587c Nr. 1 BGB übernommen hätte. (...)

Gemischte Sozietät

- Verjährung, §§ 51b BRAO, 68 StBerG
- Unterschiedliche Verjährungswirkungen
(LG Leipzig, Urt. v. 24.6.1999 - 2 O 11432/98)

Leitsatz (d. Red.):

Der ausgeschiedene Anwaltssozius kann sich auf die Verjährungsregelung in § 51b 2. Alternative BRAO auch dann berufen, wenn sein Steuerberatersozius weiterhin haftet, weil § 68 StBerG insoweit ungünstiger ist, weil der Verjährungsbeginn nicht auch auf das Mandatsende fixiert ist.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger verlangen Feststellung der Ersatzpflicht des Beklagten aus Anwaltsverschulden.

Die Klägerin zu 14) (künftig: KG) entstand 1991 durch Umwandlung der LPG. Die Kläger zu 1) bis 13) (künftig: Kommanditisten) waren Genossenschaftsmitglieder der LPG und wurden anlässlich der Umwandlung zu Kommanditisten. Ein Teil von ihnen hat in den vergangenen Jahren von der KG Arbeitsentgelt bezogen; ein Teil von ihnen hat der KG Grundstücke zur Verfügung gestellt und dafür Pacht erhalten.

Bei der Umwandlung wurde die LPG beraten und begleitet von einer Sozietät, welcher u.a. der Beklagte, der Steuerberater G., der Rechtsanwalt A. sowie der Rechtsanwalt und Notar S. angehörten.

Die KG wurde in den ersten Jahren ihres Bestehens nicht zur Gewerbesteuer veranlagt. Das beruhte u.a. darauf, dass ein Betriebsverlust der LPG zu knapp 1,5 Mio. DM übernommen wurde und dass die Zahlungen der KG an ihre Arbeitnehmer-Kommanditisten sowie ihre Verpächter-Kommanditisten als Betriebsausgaben abgesetzt wurden.

Von November 1997 bis Juni 1998 fand bei der KG eine Betriebsprüfung statt mit dem Ergebnis, dass für 1991 und die folgenden Jahre ein beträchtlicher Gewerbeertrag ermittelt wurde. Hierbei wurde davon ausgegangen, dass der Verlustübertrag auf die KG nicht zulässig war und die Arbeitnehmervergütungen sowie Pachtzahlungen Gewinnausschüttungen darstellen. Steuerbescheide nach dem Ergebnis der Betriebsprüfung sind noch nicht ergangen.

Die Kläger sind der Auffassung, die vorgenannten negativen steuerlichen Auswirkungen wären bei Umwandlung in eine andere Unternehmensform vermieden worden. Der Beklagte und der Steuerberater G. jedoch, so behaupten die Kläger, hätten Umwandlung in eine GmbH & Co. KG empfohlen, über Alternativen nicht beraten.

Außerdem, so behaupten die Kläger, hätten der Beklagte und der Steuerberater G. gewusst, dass einige Genossen als Arbeitnehmer übernommen und von anderen Genossen landwirtschaftliche Grundstücke angepachtet werden sollten.

(Anträge ...)

Der Beklagte behauptet, er selbst habe über steuerliche Folgen der Umwandlung nicht beraten, auch keine Unternehmensform empfohlen. Die Vor- und Nachteile sowie steuerlichen Auswirkungen der verschiedenen Unternehmensformen seien vielmehr vom Steuerberater G. der LPG in verschiedenen Mitgliederversammlungen ausführlich dargestellt worden. Im Übrigen wendet der Beklagte Verjährung und Haftungsbegrenzung nach § 736 Abs. 2 BGB ein. Dazu behauptet er, Ende 1992 aus jener Sozietät ausgeschieden zu sein, was der KG spätestens im März 1993 bekannt geworden sei. (...)

Die Klage ist zulässig, die besonderen Voraussetzungen einer positiven Feststellungsklage liegen vor. Begründet jedoch ist die Klage nicht, und zwar aus drei Erwägungen ...

Aus den Gründen:

Ob die Wahl der nach Auffassung der Kläger unvorteilhaften Unternehmensform einer GmbH & Co. KG vom Beklagten und/oder seinen damaligen Soziern empfohlen worden war oder ob, wie der Beklagte behauptet, lediglich die jeweiligen Vor- und Nachteile dargestellt wurden, ist streitig. Nur im ersten Falle würde der Beklagte haften. Beweis haben die dafür beweispflichtigen Kläger trotz Hinweis des Gerichts nicht angeboten.

Indes kommt es auf ein solches Beweisangebot auch nicht an. Selbst wenn nämlich feststünde, dass der Beklagte 1991 Umwandlung in eine GmbH & Co. KG empfohlen hätte, würde er deswegen den Klägern noch nicht haften. Eine Schadenersatzpflicht seinerseits setzt nämlich die Feststellung voraus, welche Unternehmensform bei Abwägung aller Vor- und Nachteile unter den damaligen besonderen Verhältnissen der LPG und ihrer Genossen im Endergebnis günstiger gewesen wäre.

Hierzu ist von den Klägern nichts vorgetragen. Dass der Verlust der LPG von knapp 1,5 Mio. DM nicht auf das neue Unternehmen übertragen werden konnte und dass die Kläger infolge ihrer Unternehmenswahl die auch sonst von ihnen dargestellten Nachteile hatten und haben, reicht nicht aus festzustellen, dass die Wahl falsch war.

Letztendlich scheitert die Klage, weil eventuelle Ersatzansprüche verjährt sind, worauf sich der Beklagte berufen hat.

§ 51b BRAO bestimmt für die Verjährung von Schadenersatzansprüchen des Auftraggebers gegenüber dem Anwalt aus dem Anwaltsvertragsverhältnis eine Frist von 3 Jahren. Die gleiche Frist gilt gemäß § 68 StBerG für Steuerberater. Sind – wie hier – Steuerberater und Anwälte in einer Sozietät zusammengeschlossen, so verjährt die Tätigkeit eines jeden von ihnen nach der für sein Berufsbild einschlägigen Norm.

Da der Beklagte nur als Anwalt, nicht aber – auch – als Steuerberater zugelassen war, ist auf ihn nur die Verjährungsvorschrift des § 51b BRAO anzuwenden. Hiernach beginnt der Fristenlauf mit der Entstehung des Anspruchs. **Das ist bei fehlerhafter Beratung bei einer Umwandlung die Vollendung der Umwandlung**, hier also unstreitig 1991. Wann sich die fehlerhafte Umwandlungsberatung in geldliche Nachteile auswirkt, ist für den Beginn der Verjährung der Anwaltshaftung ohne Belang. Damit verjährt ein Ersatzanspruch gegen den Beklagten spätestens am 31.12.1994 (das genaue Datum der Umwandlung ist von den Parteien nicht mitgeteilt).

Freilich ist der Anwalt verpflichtet, seinen Mandanten auf einen möglichen Haftungsanspruch und dessen Verjährung hinzuweisen, widrigenfalls er bei schuldhafter Verletzung der Hinweispflicht schadenersatzpflichtig ist (so genannter sekundärer Schadenersatzanspruch). Dieser verjährt ebenfalls in 3 Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt spätestens bei Verjährung des primären Ersatzanspruchs, endete hier also am 31.12.1997.

Wollte man jedoch der Auffassung sein, dass ein Schadenersatzanspruch der Kläger nicht schon mit Umwandlung entstand, sondern erst mit der von November 1997 bis Juni 1998 dauernden Betriebsprüfung, so gilt zugunsten des Beklagten die **2. Alternative des § 51 b BRAO. Danach verjährt ein Ersatzanspruch spätestens 3 Jahre nach der Beendigung des Auftrags. Wann das Mandat zur Umwandlungsberatung endete, ist von den Parteien nicht mitgeteilt.**

Es ist jedoch unstreitig, dass der Beklagte zum 31.12.1992 aus der damaligen Sozietät ausgeschieden ist. Ebenfalls unstreitig ist, dass dies der KG im März/April 1993 dadurch bekannt geworden ist, dass sie (im Rahmen eines anderen Mandates) mit dem Beklagten korrespondierte, wobei sich aus seinem Briefkopf seine Zugehörigkeit zu einer anderen Sozietät ergab.

Damit war im Verhältnis zwischen den Klägern und dem Beklagten das Umwandlungsmandat beendet ungeachtet der Frage, ob es zu dieser Zeit zwischen den Klägern und der alten Sozietät noch andauerte. Dass die Kläger das Umwandlungsmandat über den April 1993 hinaus mit dem Beklagten oder dessen neuer Kanzlei fortgesetzt hätten, ist nicht ersichtlich. Damit war ein Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten am 30.4.1997, allerspätestens am 31.12.1997 verjährt, wann auch immer den Klägern ein Schaden entstanden war oder noch entsteht.

Allerdings ist die Verjährungsregelung des § 68 StBerG für den Mandanten günstiger insofern, als die Auffassung vertreten wird, die Verjährung beginne erst mit der Schlussbesprechung zur Betriebsprüfung oder mit einem Hinweis des Steuerberaters auf einen etwaigen Schadenersatzanspruch. Das braucht hier aber nicht vertieft zu werden.

Der Beklagte war und ist nicht Steuerberater, sondern „nur“ Anwalt. **Auf einen Rechtsanwalt ist § 68 StBerG selbst dann nicht anwendbar, wenn er steuerberatend tätig ist.** Abgesehen davon haben die Kläger eine steuerberatende Tätigkeit des Beklagten anlässlich der Umwandlung nicht dargestellt. Schließlich kann der Beklagte auch nicht als gesamtschuldnerisch haftender Sozius des Steuerberaters G. in Anspruch genommen werden für den Fall, dass gegen jenen ein noch unverjährter Anspruch bestehen sollte.

Ohne Rücksicht auf eine Haftung des mit ihm damals assoziierten Steuerberaters kann sich nämlich der Beklagte auch als Gesamtschuldner auf die ihm günstige Verjährungsregelung des § 51b BRAO 2. Alternative berufen, also auf eine Verjährung seiner Haftpflicht 3 Jahre nach Mandatsende (*Borgmann/Haug, Anwaltschaftung 3. Aufl., X Rdnr. 4; BGH, NJW 1982, 1866*).

GI Hinweise

Beck'scher Gerichtsführer

Seit dem 1.1.2000 unterliegen Rechtsanwälte in Zivilsachen keiner örtlichen Zulassungsbeschränkung mehr. Jeder Anwalt ist nun berechtigt, bundesweit vor jedem Landgericht (und in Familiensachen vor jedem Amtsgericht) aufzutreten.

Bei einer Zahl von 100.000 Rechtsanwälten bedeutet diese berufsrechtliche Liberalisierung eine erhebliche Zunahme an Reisetätigkeiten, was die Nachfrage an Übernachtungsmöglichkeiten in Gerichtsnähe vergrößert.

Der „Beck'sche Gerichtsführer“ soll Rechtsanwälten und Unternehmensjuristen, aber auch gerichtlichen Sachverständigen bei auswärtigen Gerichtsterminen eine effektive Reiseplanung ermöglichen. Für alle 113 Landgerichte und die Oberlandesgerichte nennt das Werk wichtige Gerichtsdaten, die Verkehrsanbindung und geeignete Hotels.

Klaus-Dieter Schick: Beck'scher Gerichtsführer – Verlag C.H. Beck, München, 2000, 280 Seiten, in Leinen, 69,- DM, ISBN 3-406-44838-0

Kanzleiführung – Marketing

Die Anforderungen des beruflichen Alltags wachsen für die Angehörigen der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe auch mit der Zahl der zugelassenen Konkurrenten.

Bei der angespannten Marktsituation entscheidet nicht nur das Marketing im Außenverhältnis über den Erfolg, sondern ebenso eine effektive und professionelle Unternehmensführung im Innenverhältnis.

Band 1 der neuen Reihe „Anwalts-Management“ gibt praktische Tipps und Hinweise für die erfolgreiche Führung einer Kanzlei und entwickelt eine realitätsnahe Strategie. Die Darstellung wird aufgelockert durch zahlreiche Schaubilder, Übersichten und Interviews mit Unternehmerpersönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen.

Schwerpunkte aus dem Inhalt sind: Qualität der Beratungsleistung, Planung und Organisation des Unternehmens, Führung und Mitarbeitermotivation.

Das Werk wendet sich an Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmer und Unternehmensberater.

Dr. Reinhold Mauer, Dr. Andreas Krämer, Rolf Becker: Anwalts-Management, Band 1, Kanzleiführung für rechts- und wirtschaftsberatende Berufe – Verlag C.H. Beck, München, 2. Auflage 2000, 372 Seiten, in Leinen, 98,- DM, ISBN 3-406-46300-2

Verträge über Telekommunikationsleistungen

Telekommunikationsleistungen können in unterschiedlicher Form angeboten werden, ob im Mobilfunk- oder Festnetz, durch Netzüberlassung und -zusammenschaltung und auf etlichen anderen Wegen. Dabei ist jeweils der rechtliche Rahmen des Zivilrechts wie auch insbesondere des öffentlichen Rechts zu bearbeiten.

Diese rechtlichen Rahmenbedingungen werden im „Vertragsrecht der Telekommunikations-Anbieter“ ausführlich dargestellt, damit Anbieter und Nutzer sich in diesem Geflecht der Regelungen zurechtfinden. Darauf folgt eine Darstellung der typischen Verträge im TK-Bereich.

Die Autoren geben dabei, unterstützt durch Musterformulierungen, Beispiele und viele Hinweise zur Gestaltung von Verträgen, ein Werk an die Hand, mit dem sich die Probleme bei TK-Verträgen für Anbieter und Nutzer in den Griff bekommen lassen.

Spindler: Vertragsrecht der Telekommunikations-Anbieter, herausgegeben von Prof. Dr. Gerald Spindler – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2000, 635 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 178,- DM/91,- EUR, ISBN 3-504-20102-9

Sichere IT-Verträge

Verträge im Bereich der neuen Technologien stellen infolge des Aufeinandertreffens von technischen Vorgaben und rechtlicher Gestaltung besonders hohe Anforderungen an die Vertragsgestaltung. Hilfe verspricht das neue „Handbuch der IT-Verträge“. Dieses enthält Muster zu allen IT-Verträgen, die in der Praxis eine Rolle spielen.

Ähnlich wie es aus Gesetzeskommentaren bekannt ist, werden die einzelnen Musterverträge Absatz für Absatz erläutert, so dass der Leser in die Lage versetzt wird, problematische oder unzulässige Klauseln zu vermeiden und eigene Alternativlösungen zu entwickeln. Sämtliche Muster sind von Anwälten erarbeitet, die ihre Erfahrung in der Gestaltung und Abwicklung einschlägiger Verträge haben einfließen lassen.

Alle Vertragstexte sind auf der beiliegenden CD-ROM enthalten und können so mühelos in die eigene Textverarbeitung übernommen und bearbeitet werden.

Zum Start des Werkes sind rund 20 Verträge, von denen etliche ausführlich kommentierte Alternativen oder Varianten bieten, enthalten, wobei zunächst der Schwerpunkt bei den Endkundenverträgen liegt. Durch die Loseblattform wird jedoch sichergestellt, dass durch eine kontinuierliche Ergänzung neuer Vertragstypen mit der rasanten technischen Entwicklung in diesem Bereich Schritt gehalten werden kann.

Redeker: Handbuch der IT-Verträge, herausgegeben von RA, FA für Verwaltungsrecht, Dipl.-Inf. Dr. Helmut Redeker – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1.374 Seiten + CD-ROM, Lexikonformat, Loseblattwerk in einem Ordner, 248,- DM/126,80 EUR, ISBN 3-504-56008-8

Stichwortverzeichnis

Heft 1–12

Amtspflichtverletzung

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

Anderkonto

- > des Steuerberaters 2000, 227
- Ausgleichspflicht 2000, 227

Anerkenntnis

- Berufshaftpflichtversicherung, Anmeldung 2000, 275

Anlageberatung

- Abgrenzung
 - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
 - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
 - = >, unseriöse 2000, 82

Aufrechnung

- Honorarforderung, nicht klagbare
 - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23
- Treuhandgelder 2000, 296

Bankhaftung

- Treuhandkonto
 - = Belehrungspflicht, Eigenkonto 2000, 227

Belehrungspflicht des RA

- Mediator 2000, 42

Belehrungspflicht des StB/WP

- Angebot des FA 2000, 196

- >, umfassende	2000, 196	Ehescheidung	
- Beweislast		- Versorgungsausgleich (s. dort)	
= Belehrung, unterlassene	2000, 87	Feststellungsklage	
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis	2000, 87	- Schadeneintritt	2000, 135
- Fahrtenbuch		Freie Mitarbeiter	
= Belehrung, unterlassene	2000, 25	- Rechtsanwalt	
- Gesetzgebungsverfahren		= Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht	2000, 82
= ErbStG	2000, 67	Fristenkontrolle	
= Firmenübertragung	2000, 67	- Aktenvorlage	2000, 9
- Relativ sicherster Weg		= Fristensicherung	2000, 76
= Gesetzesänderung	2000, 67	- Ausgangskontrolle	
- Sicherster Weg	2000, 196	= >, abendliche	2000, 86
Berufsgenossenschaft		- Empfangsbekanntnis	2000, 57
- Auftrag zur Anmeldung	2000, 275	- Fristenkontrollbuch	
Berufung		= Ausgangskontrolle	2000, 86
- Klageänderung	2000, 33	= Fristverfügung	
- Klageanspruch	2000, 33	- Klebezettel	2000, 173
Berufungsbegründung		= Organisationsverschulden	
- Rechtsanwalt, zugelassener	2000, 153	- Ablage, Sekretariat	2000, 173
Berufungsbegründungsfrist		- Klebezettel	2000, 173
- Mittellosigkeit der Partei	2000, 83	= Terminladung	2000, 57
- Prozesskostenhilfeantrag	2000, 83	- Fristenüberwachung durch RA	
Betrug		= > bei Vorfristablauf	2000, 9
- Beihilfe, § 27 StGB, des RA	2000, 82	- Fristlöschung	
Beweislast		= Rechtsmittel	2000, 108
- Beratung, unterlassene		- Fristversäumnis, unverschuldetes	
= Substantiierung	2000, 87	= Anweisung	
- Beweiswürdigung		- Klebezettel	2000, 173
= Auftrag, BG-Anmeldung	2000, 275	= Falschadressierung	2000, 109
- Kausalität		= Fristberechnung	2000, 76
= Fahrtenbuch	2000, 25	= Postlaufzeit	2000, 5
= Grundstücksverkauf, USt	2000, 238	= Routinefrist	2000, 76
= > zwischen Pflichtverletzung		= Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241
und Schaden	2000, 238	- Organisationsanweisung	
Bilanzerstellung		= Adressierung	2000, 109
- Prüfungspflichten		= Fristen-/Ausgangskontrolle	2000, 86
= Pensionsrückstellung	2000, 141	- Rechtsmittelauftrag	
= Verträge	2000, 141	= Fristlöschung	2000, 108
Dritthaftung		- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241
- Abschlussprüfung	2000, 71	- Versäumnisurteil	2000, 57
- Auskunftsvertrag, stillschweigender		- Vorfrist	2000, 9
= Kontaktaufnahme	2000, 71	= Bearbeitungszeit	2000, 160
- Prüfungsauftrag	2000, 71	Geldspielgeräte	
- Sacheinlage, verdeckte	2000, 135	- Rechtsprechungsänderung	
= Anwaltsfehler	2000, 12	= Kenntnis, Karenzfrist	2000, 267
= Umwidmung	2000, 12	Gesamtschuld/-schuldner	
- Schädigung, sittenwidrige	2000, 71	- Fehler des zweiten StB	2000, 116, 193
- Vertrag mit Schutzwirkung		- Treuhänder, Beteiligungsgesellschaft	
zugunsten Dritter		= Innenverhältnis	2000, 198
= Abschlussprüfung	2000, 71	Geschäftsführung ohne Auftrag	
= Gesellschafter	2000, 12, 135	- Fremdgeschäftsführungswille	2000, 165
= Kapitalerhöhung	2000, 12, 135	- Parteivertreter, vollmachtsloser	2000, 165
= Testat	2000, 71	Gewinnausschüttung, verdeckte	
		- GmbH-Geschäftsführer	2000, 218
		- Notarfehler	2000, 218

- Selbstkontrahierungsverbot, § 181 BGB	2000, 218	- Umzugskosten >, berufsbedingte	2000, 288
GI Aktuell		- Veräußerung = Teilanteil	2000, 289
- Aktivierung		= >, steuerbegünstigte	2000, 289
= Dividendenforderungen	2000, 264	- Veräußerungsgewinn	2000, 56
- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk	2000, 106	- Vermietung = Flugzeug	2000, 237
- Arbeitszimmer		= Nebenkostenumlage	2000, 107
= Höchstbetrag	2000, 29	- Vermittlungsausschuß	2000, 29
= Lehrer	2000, 29	- Werbeverbot, Rechtsanwalt = Presse, Gruppenfoto	2000, 30
- Auskunftspflicht, § 93 AO = Stromversorger, Konten der Kunden	2000, 186	- Werbungskosten = Ehegattenzahlung	2000, 185
- Belastung, außergewöhnliche = Altenpflegeheim, Kosten	2000, 159	- Wiedereinsetzung = Postlaufzeit	2000, 5
- Eigenheimzulage, Miteigentümer	2000, 186	- Zinsen = Kapitalkonto	2000, 237
- Einbringung, Steuervergünstigung	2000, 56		
- Einkunftserzielungsabsicht = Immobilienfonds, geschlossener	2000, 290	GmbH	
- Einmalzahlungen	2000, 184	- Geschäftsführer = Selbstkontrahierungsverbot,	2000, 218
- Erbfolge, vorweggenommene = Last, dauernde	2000, 81	Befreiung	2000, 135
= Versorgungsleistungen	2000, 81	- Sacheinlage, verdeckte = Anwaltsfehler	2000, 12
- Fahrtenbuch		= Umwidmung	2000, 12
= Ein-Prozent-Regelung	2000, 289		
- Gestaltungsmißbrauch = Kapitalanlagegesellschaft in Irland	2000, 133	Honoraranspruch des RA	
- GmbH		- Mediator, § 20 BRAGO	2000, 42
= Kapitalerhaltungspflicht	2000, 210	- Notgeschäftsführer	2000, 76
= Rückerstattung von Auszahlungen	2000, 210	- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB = Formfehler	2000, 294
- Grunderwerbsteuer		= Zeitgebühr	2000, 294
= Bemessungsgrundlage, Baukosten	2000, 31	= Aufzeichnungen	2000, 294
- Haftung des Auftraggebers für Vorunternehmer	2000, 132	= Beweis	2000, 294
- Hinterziehungszinsen = Vermögensteuer	2000, 211	Honoraranspruch des StB/WP	
- Jubiläumsrückstellung	2000, 80	- Aufrechnung = > mit nicht einforderbarer	2000, 296
- Kapitalkonto		Honorarforderung	2000, 23
= Zinsen	2000, 237	= Einforderbarkeit, fehlende	2000, 296
- Kindergeld		= Treuhandgelder	2000, 248
= Einkünfte der Kinder	2000, 158, 263	- Betriebsprüfung, § 29 StBGebV = Buchführung	2000, 172
- Nachversteuerung, Arbeitnehmer	2000, 81	= Gegenstandswert	2000, 248
- Postlaufzeiten	2000, 5	- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV = Aufrechnung	2000, 296
- Prospekthaftung		= Aufrechnungslage	2000, 172
= Treuhänder	2000, 262	= Gegenstandswert	2000, 296
- Prozessdauer	2000, 28	= Klagbarkeit	2000, 296
- Realsplitting		= Zeitgebühr	2000, 225
= Beschränkung, nachträgliche	2000, 158	- Fälligkeit, § 7 StBGebV = Buchführung	2000, 264
= Unterhaltsleistung	2000, 236	= Gebührenrahmen, § 11 StBGebV = Ermessen (20%)	2000, 172
- Solidaritätszuschlag	2000, 55	= Gegenstandswert	2000, 296
- Sozialversicherungsbeitrag		= Jahresumsatz	2000, 296
= Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld	2000, 3	- Honorarvereinbarung = >, mündliche	2000, 24
- Spekulationsgeschäft		= Inhalt der >	2000, 187
= Kursgewinn	2000, 236	- Rechtsberatung	
- Standesrecht			
= Kollegialitätspflicht	2000, 54		
= Versäumnisurteil, § 13 BORA	2000, 54		
- Umsatzsteuer			
= Befreiung, Rechtsform	2000, 4		
= Entgelt, Umbuchungsgebühren	2000, 211		
= Leistung, ärztliche	2000, 4		
= Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG	2000, 2		

- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB = Formfehler, Kenntnis des >	2000, 294	Nachbesserung	
- Zeitgebühr = Aufzeichnungen	2000, 294	- Recht des StB zur > = Buchführungsfehler	2000, 225
= Beweis	2000, 294	Notar	
Kausalität		- Amtspflicht = Treuhandtätigkeit	2000, 134
- Gesetzesänderung, ErbStG	2000, 67	- Belehrungspflichten = >, steuerrechtliche	2000, 273
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden		= Schaden, drohender	2000, 218
= Beweisführung, § 287 ZPO	2000, 238	- Ersatzmöglichkeit, anderweitige	
= Fahrtenbuch	2000, 25	= Betreuungstätigkeit	2000, 163
= Grundstücksverkauf, Vorsteuer	2000, 238	= Erfüllungsanspruch	2000, 63
- Unterbrechung der >		= Schutzzweck, § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO	2000, 63
= Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer	2000, 93	= Steuerberaterfehler	2000, 218
- Verhalten, beratungskonformes	2000, 67	= Zeitpunkt der >	2000, 63
Kenntnis des Steuerrechts		- Fälligkeitsbestätigung	2000, 163
- Karenzfrist bei neuer Rechtsprechung	2000, 267	- Formnichtigkeit	
- USt, Geldspielautomaten	2000, 267	= Treu und Glauben	2000, 244
- Vorlagebeschluss zum EuGH	2000, 193	- Parteivertreter, vollmachtsloser	
- Zeitschriften		= Rechtsanwalt	2000, 165
= DStR	2000, 193, 267	- Rechtskenntnis	2000, 273
Kenntnis des Zivilrechts		- Satzungsänderung	2000, 218
- Notar, Gesetzesänderungen	2000, 273	- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO	
Klageverfahren		= Grundstückskaufvertrag	2000, 134
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241	- Treuhandgelder	
- Streitgegenstand	2000, 33	= > der Bank	2000, 134
- Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	2000, 265	- Verlesen der Urkunde	
Lohnbuchhaltung		= Schutzzweck	2000, 244
- Anmeldung Berufsgenossenschaft	2000, 275	= Verträge, gleich lautende	2000, 244
- Auftragsinhalt	2000, 275	- Weisung	2000, 218
- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer	2000, 93	Parteiverrat, § 356 StGB	
- Sozialversicherung (s. dort)		- Mediator	2000, 42
Mahnbescheid		Pensionsrückstellung	
- Klageverfahren, Parteiwechsel	2000, 146	- Prüfungspflichten	2000, 141
- Verzögerungen, Rückwirkung	2000, 146	Praxisveräußerung	
Mandatsübernahme		- Mandatsübernahme	2000, 39
- Fristenlöschung	2000, 108	- Nichtigkeit, § 139 BGB	2000, 39
- Rechtsanwalt	2000, 108	Prozessauftrag	
Mediator		- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241
- Interessenkollision	2000, 42	- Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	2000, 265
- Neutralität	2000, 42	Prozesskostenhilfe	
Mitverschulden		- Berufungsbegründungsfrist	2000, 83
- Kenntnis des Mandanten	2000, 116	- Rechtsmittelerklärung	2000, 84
- Zurechnung des Verschuldens = > des zweiten StB	2000, 116	- Wirkung	2000, 84
- Zweitberater, Verschulden des >, § 254 BGB	2000, 193	Prüfungspflicht	
Mustereinspruch		- Bilanz, Pensionsrückstellung	2000, 141
- EuGH-Verfahren, anhängige	2000, 193	Rechtsanwalt	
		- Angestellter, Vergütung	
		= Sittenwidrigkeit	2000, 95
		- Arbeitnehmerähnliche Person, § 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG	2000, 82

- Beratungspflichten		Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB	
= Bonitätsproblem	2000, 36	- § 323 HGB	2000, 71
= Kaufvertrag	2000, 36	- § 18 KWG	2000, 71
= Unfallschaden	2000, 140	- §§ 2, 43, 48 WPO	2000, 71
- Berufungsgericht		Sozialversicherung	
= Schriftsatz an >	2000, 153	- Nachforderung	
- Beurkundung, Parteivertreter	2000, 165	= Verjährung, § 25 SGB IV	2000, 151
- Empfangsbekanntnis	2000, 57	- Versicherungspflicht	
- Freier Mitarbeiter	2000, 82	= Befreiungsantrag, § 8 Abs. 2 SGB V	2000, 151
- Information des Mandanten	2000, 301	= Kenntnis der >	2000, 151
- Kündigungsschutzklage		Sozietät	
= Kündigung, personenbedingte, Krankheit	2000, 223	- Erfüllungsgehilfe	2000, 253
= > gg. Gemeinschuldner, Konkursverwalter	2000, 192	- Honorarklage	
- Nachfragepflicht		= Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO	2000, 153
= Mandatsinhalt	2000, 140	- Rechtsschein	
- Postulationsfähigkeit	2000, 153	= Sachbearbeiter, angestellter	2000, 253
- Rechtsmittelauftrag		- Sachwalterhaftung	
= Auftragsannahme	2000, 108	= Gewähr, wirtschaftliches Interesse	2000, 253
= Fristnotierung	2000, 108	- Verjährung, §§ 68 StBerG, 51a WPO	2000, 176
- Sachverhaltsermittlung	2000, 140, 301	- Vertrag mit Sozietät	
- Scheidungsfolgenvereinbarung	2000, 301	= > aus WP und StB	2000, 176
- Störer	2000, 238	Steuerberatungsgesetz	
- Terminladung	2000, 57	- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen	
- Titelschutzanzeigen	2000, 238	= Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV	2000, 134
- Vergütung, angemessene, § 612 BGB	2000, 95	= >, unerlaubte	2000, 134
- Versäumnisurteil	2000, 57	= Rechenzentrum	2000, 134
- Versorgungsausgleich		Steuerberatungsvertrag	
= Unbilligkeit	2000, 301	- Betreuungspflicht	
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		= Rechtsberatungsauftrag	2000, 5
- Ergebnisabführungsvertrag	2000, 5	- Haftung, Steuerberatungsfehler	2000, 5
- Honoraranspruch des StB	2000, 187	- Inhalt des >	
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	2000, 5	= Lohnbuchhaltung, BG-Anmeldung	2000, 275
- Schadenersatz wg. verbotener >	2000, 5	- Nichtigkeit, § 134 BGB	
- Steuerberatungsvertrag	2000, 5	= Rechtsberatung, unerlaubte	2000, 5
- Testamentsvollstrecker	2000, 291	Steuererklärung	
- Verschmelzung, §§ 16 ff UmwG	2000, 225	- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz	2000, 116
- Wohnungseigentumsverwalter	2000, 291	Treuhänder	
Rechtsmittelauftrag		- Aufrechnung mit Honorarforderung	2000, 296
- Auftragsbestätigung	2000, 108	- Bankkonto	
- Fristlöschung	2000, 108	= Zahlungspflicht	2000, 227
Regressprozess		- Gesamtschuld	
- Mahnverfahren		= Beteiligungsgesellschaft	2000, 198
(s. unter Mahnbescheid)		- Honorarforderung aus Steuerberatung	2000, 296
- Substantiierung		- Notar	
= Steuerrecht, ausländisches	2000, 169	= Bankgelder	2000, 134
Revision		Umwandlung	
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241	- Verschmelzung	
Schaden		= Rechtsangelegenheit	2000, 225
- Hauskauf, Kaufpreis	2000, 149	= Unterkapitalisierung	2000, 225
- Kosten		Unterlassungsanspruch	
= Hauszufahrt	2000, 149	- Rechtsverteidigung	2000, 134
Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB		- Tatsachenbehauptung/Schmähkritik	2000, 134
- Abschlussprüfung	2000, 71		

Verjährung, § 195 BGB

- Herausgabeanspruch 2000, 248

Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO

- Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
- Verjährungsbeginn
 - = Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
 - = Fälligkeitsbestätigung 2000, 163

Verjährung, § 51 BRAO a.F.,**§ 51b BRAO n.F.**

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlass für > 2000, 120
 - = Belehrung, fehlerhafte 2000, 120
 - = Belehrungsbedürftigkeit, fehlende 2000, 212
 - = Belehrungsinhalt 2000, 120
 - = Beweislast 2000, 212
 - = Mandatsende 2000, 212
- Sozietät, gemischte
 - = Steuerberater, § 68 StBerG 2000, 305
- Verjährungsbeginn
 - = Ausschlussfrist, versäumte 2000, 120
 - = Fristversäumnis, § 72a ArbGG 2000, 212

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Anerkenntnis 2000, 90
- Arglistenwand 2000, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlass für > 2000, 5, 50, 113
 - = Belehrungsbedürftigkeit 2000, 113
 - = Ende der >, Beratung durch neuen StB 2000, 5
 - = Wiederholung des Fehlers 2000, 50
 - = Wirtschaftsprüfer 2000, 270
- Herausgabeanspruch 2000, 248
- Rechtsanwalt, § 51b BRAO 2000, 305
- Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- Sekundärhaftung
 - = Wirtschaftsprüfer 2000, 270
- Sozietät aus WP und StB 2000, 176
- Sozietät, gemischte
 - = Rechtsanwalt, § 51b BRAO 2000, 305
- Verjährungsbeginn
 - = Bekanntgabe des Steuerbescheides 2000, 50
 - = Mandatsende 2000, 116
 - = Rat, fehlerhafter 2000, 50
 - = Sekundäranspruch 2000, 116
 - = Steuererklärung
 - § 10e EStG 2000, 50
 - Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Verjährungshemmung
 - = Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
 - = Verhandlung 2000, 113
- Verjährungsunterbrechung
 - = Anerkenntnis 2000, 90, 113
 - = Verzicht 2000, 90
- WP- und StB-Sozietät 2000, 176

Verjährung, § 12 VVG

- Rechtsschutz und Zahlungsanspruch 2000, 250
- Verjährungshemmung, § 12 II 2000, 250

Verjährungsunterbrechung

- Anerkenntnis 2000, 90
- Mahnbescheid 2000, 10
- Verzicht 2000, 90
- Zustellung „demnächst“ 2000, 10

Vermögensverwalter

- Anlagepolitik, Aktienkäufe 2000, 32
- Informationspflicht 2000, 32

Verschwiegenheit

- Praxisveräußerung 2000, 39

Versicherungsschutz

- Angaben zur Kündigung des Vorvertrages 2000, 127
- Baubetreuer 2000, 280
- Erfüllungsansprüche
 - = Erfüllungssurrogatsanspruch 2000, 280
- Pflichtverletzung, wissentliche
 - = Postausgangsorganisation, fehlende 2000, 174
- Rücktritt des Versicherers 2000, 127
- Sachschaden 2000, 280
- Treuhandtätigkeit
 - = Geldanlage 2000, 250
- Versichererwechsel 2000, 127

Versorgungsausgleich

- Unbilligkeit, § 1587 Nr. 1 BGB 2000, 301

Werbeverbot

- Gruppenfoto 2000, 30
- Presseveröffentlichung 2000, 30
- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134
- Straßenwerbung 2000, 264

Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG

- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

Wiedereinsetzung

- Antrag
 - = Prozesshandlung, nachzuholende 2000, 110
- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83

Wiedereröffnung

- > der mündlichen Verhandlung 2000, 265

Wirtschaftsprüfer

- Stimmrechtsvertreter 2000, 127
- Zulassung
 - = Rückwärtsversicherung 2000, 32
 - = Vermögensverfall 2000, 32
 - = Versicherungsschutz, fehlender 2000, 32

Dritthaftung des Wirtschaftsprüfers gegenüber Kapitalanleger: WP als Kontrollorgan • Irreführende Testate • Prospekthaftung? • Verschulden bei Vertragsschluss • Werbung mit Testatinhalt (BGH);
Anwaltshaftung: Scheidungsverbundverfahren • Verkauf eines gemeinsamen Hauses • Gesamtschuldnerausgleich (BGH);
Steuerberaterhaftung: Rechtsberatung • Lohnbuchhaltung • Sozialversicherungsbeiträge (OLG Celle);

Rechtsberatung: Stille Liquidation • Wirtschaftsprüfer • Forderungseinzug (OLG Köln);
Steuerberaterhonorar: Auftragserteilung • Anforderung der Steuererklärung durch FA • Abschlussvorarbeiten • Auslagenersatz • Selbständige Angelegenheit • Zahlungsverzug trotz Zurückbehaltungsrecht (OLG Düsseldorf)

und aktuelle Entscheidungen,
die von besonderer Bedeutung sind



BEIHEFTER:

Besonders in den vergangenen Jahren haben sich in der Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung zahlreiche arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtliche Änderungen ergeben.

Sowohl für Ihre Mandanten als auch für Sie als Steuerberater ergibt sich ein komplexes Feld von Vorschriften, Gesetzen und Erlassen.

Mit der von Gerling entwickelten neu aufgelegten und aktualisierten CD-ROM können Sie sich schnell rund um die GmbH-Geschäftsführer-Versorgung informieren.

Weitere Informationen finden Sie im GI-Beihefter dieser Ausgabe.
Bestellungen bitte an GI-Service
Fax-Hotline (0221) 144-5155.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.